

# Verbands-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in Brauereien, Brennereien, Mühlen und verwandten Betrieben  
 Publikationsorgan des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Er erscheint wöchentlich am Sonnabend  
 Bezugspreis: vierteljährlich 2,10 Mark, unter Kreuzband 2,70 Mark  
 Eingetragen in die Postzeitungsliste

Verleger u. verantwortl. Redakteur: i. B. S. Käppler, Schilderstr. 6  
 Redaktion und Expedition: Berlin D. 27, Schilderstraße 6  
 Druck: Vorwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW. 68

Inserionspreis:  
 die sechsgespaltene Kolonelleiste 40 Pfennig, für Mitglieder 30 Pfennig  
 Schluß für Inserate: Montag früh 8 Uhr.

## Aus den Berichten der preussischen Gewerbeinspektionen für 1911.

II.

Ueber die Gesundheitsverhältnisse in den Zementfabriken wird im vorliegenden Berichte eingehender berichtet. Bedauerlich ist es, daß heute die Beamten solche Fragen leider nicht eingehend genug behandeln dürfen, weil dieselben zwar mitteilen dürfen, welche Beobachtungen sie gemacht haben, sie müssen sich aber aller Urteile, Vorschläge oder gar Anträge auf Verbesserung der beobachteten Uebelstände enthalten. Früher war das besser, so hat z. B. im Jahre 1897 der damalige Regierungs- und Berliner Gewerbeberater Dr. v. Rüdiger bereits in seinem Bericht über die schlechten Gesundheitsverhältnisse der Zementarbeiter berichtet, er beantragte schon damals für die Zementmüller und -Verpacker eine zehnstündige Maximalarbeitszeit. Heute, nach 14 Jahren leiden trotzdem die Zementarbeiter noch unter denselben Gesundheitschädigungen, nämlich einerseits unter der furchtbaren Hitze vor den Schacht- und Drehöfen, andererseits entbehren sie jedes Schutzes gegen die kalte Zugluft, gegen die starke Verunreinigung der Atemluft durch Zementstaub beim Mahlen und Verpacken des Zements und beim Reinigen der Kanäle. Dazu kommt ungenügender Lohn und zum größten Teil übermäßig lange Arbeitszeit, was die vorhandenen Uebelstände noch wirksamer werden läßt.

Manche Uebelstände sind allgemein und überall vorhanden, so die große Hitze, der die Brenner vor den Stagen- und Drehöfen ausgesetzt sind. Als größte Staubquelle sind die Rohmühlen anzusehen. Obgleich sie meist mit Staubabjaugungsvorrichtungen versehen werden, sind sie gewöhnlich nicht gut imstande und arbeiten daher nicht zu voller Zufriedenheit. Im Allgemeinen sind die Einrichtungen und Apparate der Betriebe in den westlichen Gegenden besser als in den östlichen, und dort halten die Gewerbeaufsichtsbeamten auch die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen für ausreichend.

Aus den Berichten über die Ausdehnung der Nachtarbeit in der Industrie geht hervor, daß die Nachtarbeit vielfach zugenommen hat. Die Unternehmer sind bestrebt, die Anlagen, Maschinen und Betriebseinrichtungen ununterbrochen auszunützen, sie nehmen die kleinen Speisen für Beleuchtung gern in den Kauf. Sie erklären zwar den Aufsichtsbeamten, daß sie die Nachtarbeit nur ungern aufrecht erhalten oder gar neu einführen, das ist aber nur Heuchelei. Für die Nachtarbeit liegt in den meisten Fällen eine wirtschaftliche Notwendigkeit nicht vor, sie wird aus alter Gewohnheit und im Ausbeuterinteresse aufrechterhalten.

Betreffs der Beschränkung der Mitgabe von Arbeit nach Hause nach § 137a der Gewerbeordnung, erklären die meisten Gewerbeaufsichtsbeamten, daß hierüber eine Kontrolle schwer durchzuführen ist, indem die Betriebsinhaber nicht zu einer Feststellung verpflichtet sind, ob diese Hausarbeit tatsächlich nur von Angehörigen ihrer Arbeiterinnen und nicht von diesen selbst gemacht wird. Es sind auch nur ganz vereinzelt einige Bestrafungen dieserhalb erfolgt. Der wirksamste Schutz gegen diese nur durch unerhörte Lohn-drückereien erzwungene Extraarbeiterinnenausbeutung ist die Kontrolle der Arbeiterorganisationen. Das gibt auch der Bericht aus Düsseldorf zu, indem er zu dieser Frage bemerkt: „In einigen Fällen gaben die von Arbeiterorganisationen erstatteten Anzeigen über unzulässige Mitgabe von Arbeit nach Hause zu eingehenden Ermittlungen Anlaß, ohne jedoch zu einem greifbaren Ergebnis zu führen. Immerhin wird man die Kontrolle durch die Organisation als ein wesentliches Hilfsmittel zur Durchführung des Gesetzes ansehen müssen.“

In der Frage wegen der Lohnzahlung an Minderjährige sind in keinem Berichte ernste Bedenken gegen solche direkte Lohnzahlungen erhoben worden, noch haben diese zu Unzuträglichkeiten geführt. Auch bestehen nur in wenigen Orten statutarische Bestimmungen, nach denen die Löhne der Minderjährigen an Eltern oder Vormünder abzuführen sind, noch kümmert man sich um diese. Nur manche Eltern sind

neugierig, zu erfahren, wieviel Lohn ihr Sohn erhält, vereinzelt wird ja, wie der Bericht aus dem Kreise Oppeln mitteilt, von manchen Eltern, deren Sohn aus guten Gründen von ihnen weggezogen ist, verlangt, daß der Lohn an sie ausgezahlt werde, was allerdings meist abgelehnt werden muß. Eine ebenfalls etwas verdächtige Fürsorge zeigen manche Arbeitgeber für ihre jugendlichen Arbeiter, daß sie sie dadurch an ihre Betriebe zu fesseln suchen, daß sie bei den Lohnzahlungen stets Abzüge für die Zwangssparkasse einbehalten, die erst nach Beendigung der Lehrzeit oder später ausgezahlt werden. Das Landgericht Düsseldorf hat sich veranlaßt gesehen, solche Sparanlagen mit Zwang für unzulässig zu erklären. Aus dem Bezirk Breslau wird berichtet, daß dieses Zwangssparmandat von 14 Betriebsunternehmen gemacht wurde.

Die Frage: Wie ist für die Befriedigung des Lebensbedürfnisses der gewerblichen Arbeiter gesorgt? beantworten die meisten Berichte, wenn auch nicht dem Wortlaut so doch dem Sinne nach dahin, daß die gewerblichen Arbeiter dafür selbst am besten sorgen und daß sie jede Fürsorge in dieser Hinsicht von anderer Seite dankend ablehnen. Geht es doch in dem Bericht aus dem Bezirk Merseburg: „Der geringe Anteil der Arbeiterschaft an der Benutzung der städtischen Bibliothek in Halle ist wohl darauf zurückzuführen, daß in dem Gewerkschaftshause eine Zentralbibliothek eingerichtet worden ist, die im Jahre 1910 an 9554 Personen 11 054 Bücher verliehen hat.“ Nehulich lauten in erfreulich richtiger Darstellung die Berichte aus Stettin, Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Köln und anderwärts. Aber diese starke Benutzung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbibliotheken, der nur eine schwache Benutzung der bürgerlichen Bibliotheken gegenübersteht, gefällt manchem Ordnungsmann nicht. So zeigte die städtische Bibliothek in der Arbeiterstadt Forst i. Lausitz unter 443 Lesern nur 80 Arbeiter, der Industrieort Gassen unter 221 Lesern nur 29 Arbeiter. Eine Festschrift des Breslauer Berichts zeigt, wie man diesem „Notstande“ abhelfen will, indem er schreibt: „Die Pflege der schulentlassenen Jugend in der arbeitsfreien Zeit, die schon früher zum Teil umfangreich in Stadt und Land geübt wurde, hat durch den Erlaß des Herrn Kultusministers vom 18. Januar 1911 eine neue starke Anregung erhalten. In 284 Orten bestehen jetzt Jugendpflegeeinrichtungen und 22 600 junge Arbeiter (23,7 Proz.) sind bisher in die Jugendpflege einbezogen worden.“

Bei Erörterung der Aufgabe: „Sorge für das Entweichen der Arbeiter bei Feuerausbruch“ haben viele Berichtersteller nur das Vorhandensein der nötigen Feuerlöschgeräte im Auge und die dem Zweck der Feuerlöschung entsprechenden baulichen Einrichtungen. Aber mancher scheint sich das etwas leicht zu machen, indem er denkt, wenn nur feuersichere Türen, die nach außen zuschlagen, und eine Nottrappe vorhanden sind, oder wenn statt dieser eine gute Feuerleiter, so wird es auch gehen. Doch es geht im Ernstfall manchmal so schlecht, daß zu dem Feuerungslück noch ein Unfall bei der Rettung hinzukommt. Viele Frauen und Mädchen, sogar manche Männer können absolut nicht auf einer freien Leiter schnell absteigen, und in jedem Falle wird dann die Bergung der in Gefahr befindlichen Personen in unheilvoller Weise verzögert. Denn es geht schon bei einem gewandten Manne das Herabklettern auf einer Leiter weit langsamer, als das Absteigen auf einer Treppe, zumal wenn dieselbe ein Geländer hat. Um wieviel wird aber die Bergung einer großen Anzahl in höchster Erregung befindlicher Personen verzögert, wenn sie auf einer schnell aufgestellten sogenannten Rettungsleiter hinabsteigen sollen. Und doch haben viele Betriebe auch mit einem ziemlich großen Personal nichts als eine solche Feuerleiter. Auch viele Gewerbeaufsichtsbeamte begnügen sich in ihren Berichten mit dem Vorhandensein einer Feuerleiter. Wahrscheinlich haben sie noch nie einem wirklichen Brande beigewohnt. Dabei sind die Fenster manchmal stark verqualen und schwer zu öffnen, wenn sie auch nicht vergittert sind. Das alles findet man bei einem fingierten Brande. Solche sollte jedes große Unternehmen verpflichtet sein, von Zeit zu Zeit unerwartet vorzunehmen. Dann

wird sich schon die Notwendigkeit der Beschaffung einer wirklichen Nottrappe herausstellen, und man wird nicht nur auf das Vorhandensein aller dazu nötigen Utensilien achten, sondern auch auf das Vorhandensein aller zur Verhütung eines Brandes nötigen Einrichtungen achten und auch auf ihre Brauchbarkeit im gegebenen Falle.

Besonders lehrreiche Erfahrungen würde man bei fingierten Bränden während der Nacht in vielen Großmühlen machen, in denen die Arbeiter bei vergitterten Fenstern und verschlossenen Türen im Ernstfalle elendiglich verbrennen müßten.

Die Brauindustrie wird in den Berichten der preussischen Gewerbeinspektoren nicht allzu häufig erwähnt, woraus die „Brau- und Hopfen-Zeitung“ folgert, daß in den Brauereien wenig zu beanstanden ist. Wir können uns diese Schlussfolgerung nicht zu eigen machen. Bedauerlicherweise enthalten die Berichte der deutschen Gewerbeinspektoren keinerlei Angaben über die Zahl der revidierten Brauereien, der darin beschäftigten Personen, der revidierten Betriebe, der ermittelten Zuwiderhandlungen und der etwa erfolgten Bestrafungen. Wie wir bereits wiederholt bemerkt, wird das alles unter der Rubrik Nahrungs- und Genussmittelindustrie summarisch mit aufgeführt. Wir sind also bezüglich der Brauereien auf die in den Berichten verstreuten Einzelangaben angewiesen. Aus diesen wollen wir nachstehend das Wichtigste registrieren.

Ueber die Zulassung von Sonntagsarbeit in Brauereien wird berichtet, daß im Inspektionsbezirk Potsdam an 11 Sonntagen 4384 Stunden Sonntagsarbeit zum Einfahren von Eis für Brauereien und Eiswerke zugelassen wurden. Im Landespolizeibezirk Berlin wurde für zwei Weißbierbrauereien zur Herstellung von Frischbier Sonntagsarbeit zugelassen. Im Regierungsbezirk Magdeburg glaubten verschiedene Brauereien ohne Sonntagsarbeit nicht auszukommen, um den bei der Hitze gesteigerten Ansprüchen des Konsums genügen zu können. In einer Brauerei des Bezirks Schleswig beanspruchte ein mit der Bedienung des Dampfkessels und der Kühlmaschinen betrauter Abdiener den Sonnabend als Feier- und Ruhetag, es wurde deshalb nachgelassen, daß er Sonntags arbeiten durfte. Im Dünaburger Bezirk erhielt eine Brauerei 425 Sonntagsstunden bewilligt zur Verhütung unvernünftiger Schabens.

Im Bezirk Osnabrück und Aurich machte sich eine Brauerei strafbar, weil sie am 2. Pfingstfeiertage ohne vorherige Erlaubnis Flaschenbier abziehen ließ, von der Stellung eines Strafantrages wurde aber Abstand genommen, weil der Braumeister geglaubt hatte, daß er nach § 105f der Gewerbeordnung ohne weiteres in dringenden Fällen Arbeiter beschäftigen dürfe, weil infolge der großen Hitze die Nachfrage nach Flaschenbier sehr gesteigen sei.

Ueber Betriebsunfälle in Brauereien wird berichtet: „An der Ammoniakleitung der Eismaschine in einer Brauerei im Bezirk Gumbinnen und Allenstein waren zwei Arbeiter mit dem Auswechseln eines Zahnes beschäftigt, nachdem die Leitung angeblich vorschriftsmäßig entleert worden war. Es war auch beim Lösen der Schrauben des Zahngehäuses kein Entweichen von Ammoniak wahrzunehmen, bis plötzlich, anscheinend weil die Leitung irgendwo verstopft war, das flüssige Ammoniak an der Arbeitsstelle austrat, wodurch die Arbeiter starke Reizungen der Arme, der Nasen- und Rachenhöhlen erlitten. Es wurde deshalb verlangt, daß die vorhandenen Schutzhelme bei Reparaturen an der Ammoniakleitung stets zu benutzen sind.“

Aus dem Regierungsbezirk Münster wird berichtet: „In der Azetylengasanlage einer Brauerei entstand dadurch eine Explosion, daß der Wärter eine brennende Lampe auf die Türschwelle des Apparatenraumes stellte und dann Karbid in den Gasbehälter einfüllte, obgleich das Herantreten mit Licht durch besonderen Anschlag verboten war. Der Wärter wurde leicht verletzt und ist wegen seiner Fahrlässigkeit auf Grund der Polizeiverordnung über Azetylengasanlagen bestraft worden.“



Ueber Schutzmaßnahmen gegen Feuergefahr in Brauereien berichtet der Beamte für Königsberg, daß im allgemeinen in den ländlichen Betrieben für das Entweichen der Arbeiter beim Ausbruch von Feuer meist von vornherein dadurch gesorgt ist, daß die Arbeitsräume gewöhnlich im Erdgeschoße liegen; wo dies nicht der Fall ist, wie in den Brauereien, wird zunächst darauf gehalten, daß diese gegen eine Verqualmung aus den ins Treppenhaus mündenden Räumen tunlichst gesichert werden und in ihrer Bauart feuersicher sind. Bietet das Treppenhaus in seiner Bauart und Benützung keine ausreichende Sicherheit für schnelles Entweichen der Arbeiter, so wird stets die Anlegung eines zweiten Ausganges aus den oberen Stockwerken nach angrenzenden Gebäuden oder über besondere, mit Boden versehenen feste Außenleitern verlangt. In den städtischen Betrieben sind gewöhnlich größere Anforderungen durchzuführen. Auch der Beamte in Marienwerder äußert sich über die Schutzmaßnahmen für das Entweichen der Arbeiter beim Ausbruch von Feuer, daß den Arbeitern in den Brauereien und Mälzereien in dieser Beziehung derart eine Rettung verbürgt sei, daß in allen zu ebener Erde gelegenen ausgedehnten und feuergefährlicheren Arbeitsräumen darauf gesehen wird, daß mindestens zwei Ausgänge nach verschiedenen Seiten angebracht und eine Anzahl Fenster leicht zu öffnen sind. In den Kesselhäusern ist außerdem noch darauf gesehen worden, daß der Fußboden möglichst zu ebener Erde und niemals mehr als einen Meter tiefer liegt, weil sonst erfahrungsgemäß die Kesselarbeiter bei Unfällen die Ausgänge nicht schnell genug erreichen. Die in höheren Stockwerken gelegenen Arbeitsräume der größeren Betriebe sind immer mit zwei Treppen verbunden.

Ueber die Ablösung des Freitrunkes schreibt der Beamte für den Bezirk Schleswig: „In einer kleinen Brauerei fand eine Ablösung des 5 Liter für den Tag betragenden Hausstrunkes in der Weise statt, daß den Gehilfen 15 Pf. für 1 Liter bei der Lohnung ausbezahlt wurden. Hinfort mußte sich jeder das Bier mit 15 Pf. die Flasche selbst kaufen. Dabei stellte sich heraus, daß die Arbeiter außerordentlich mäßig im Biergenuss sein konnten, und daß ihre Zuberlässigkeit seit der Ablösung des Hausstrunkes größer geworden war.“ Der Beamte für den Bezirk Hildesheim äußert sich folgendermaßen: „Die Ablösung des sogenannten Freitrunkes in den Brauereien macht weitere Fortschritte. Eine Brauerei löste den ganzen Freitrunks durch Lohnerhöhung ab; der Verbrauch an Bier, das sich die Arbeiter selbst kaufen mußten, sank infolgedessen auf die Hälfte. Eine andere Brauerei gab an die Arbeiter Marken aus; für jede Marke wurden 0,8 Liter Bier, das durch Automaten entnommen und in den Pausen getrunken werden durfte, geliefert oder 15 Pf. zurückvergütet. Das Ergebnis war, daß der Bierkonsum, der während dreier Monate im Vorjahre 17 271 Liter betragen hatte, in den gleichen Monaten des Berichtsjahres auf 9311 Liter sank, und daß von der Vergütung für nicht getrunkenes Bier, auf das ganze Jahr berechnet, auf jeden Arbeiter durchschnittlich 125 Mk. als Mehreinnahme entfielen.“

Daß die Arbeiterorganisationen auf den Bierverbrauch einen einschränkenden Einfluß ausüben, wird verschiedentlich festgestellt; beispielsweise gibt der Beamte für den Bezirk Minden an: „Bemerkenswert ist das in den letzten Jahren immer mehr hervorgetretene Bestreben der Arbeiterorganisationen auf Einschränkung des Genusses alkoholischer Getränke durch ihre Mitglieder.“

Ueber die Nacharbeit in den Brauereien wird berichtet, daß es im Bezirk Gumbinnen und Allenstein 40 Brauereien mit 730 Arbeitern gibt, von denen 27 Brauereien 65 Arbeiter in Nachtschichten beschäftigten. Der Berliner Beamte schreibt: „Zu den Betrieben mit regelmäßiger Nacharbeit gehören ferner die Brauereien und Mälzereien. In jenen ist es die Unterhaltung der Darrenfeuer und die Arbeit auf der Malztempe und auf der Darre, die regelmäßig eine gewisse Anzahl von Arbeitskräften erfordert. Die Nachtschicht beginnt um 6, 7 oder 8 Uhr und dauert je nach der Art und der mehr oder weniger vollkommenen Ausrüstung des Betriebes 9, 10 oder 12 Stunden. Stellenweise wird auch in den Mälzereien in neunstündigen Schichten gearbeitet, die teilweise ineinander übergreifen. Ähnlich liegen die Verhältnisse in den Lagerbierbrauereien. In diesen findet im Sudhaus, im Gär- und Lagerkeller und im Maschinen- und Kesselhause Nacharbeit statt. Die Bierfahrer treten ihre Tagesarbeit meist im Sommer um 2 Uhr und im Winter um 4 oder 5 Uhr an. Entsprechend früher beginnt die Schicht für das Stallpersonal und die Arbeiter, die das Beladen der Wagen vorzubereiten und zu besorgen haben. Die Zahl der im eigentlichen Brauereibetriebe für die Nachtschicht notwendigen Arbeiter richtet sich nach der Art des Geschäftes und nach der mehr oder minder großen Vollkommenheit der Betriebseinrichtungen. So hat beispielsweise eine Brauerei durch Verwendung eines Maischfilters den Läuterbottich und die Arbeit an ihm entbehrlich gemacht und damit die Zahl der nachts notwendigen Arbeiter von 8 auf 3 eingeschränkt.“ Der Beamte für Stettin und Stralsund berichtet, daß in 15 Brauereien seines Bezirks der Betrieb der Malz-

darren in den Monaten von September bis April während der Nacht durchgehe, da eine Unterbrechung des Wählens der Arbeitserzeugnisse zur Folge haben würde. Der Beamte für Posen berichtet, daß zur Aufrechterhaltung des Nachtbetriebes in den Brauereien ein Zehntel der Arbeiterschaft genüge.

Im Bezirk Breslau gibt es 46 Brauereien, Brennereien, Mälzereien, Stärke- und Spiritusfabriken mit 2305 Arbeitern, von denen 397 zur Nachtschicht durchschnittlich 12 Stunden herangezogen werden. In 59 Brauereien und Mälzereien des Bezirks Merseburg mit 1968 Arbeitern werden 256 Arbeiter zur Nachtschicht verwendet.

Der Beamte für Arnberg berichtet: „In den Brauereien wird im allgemeinen nachts nur der Betrieb der Mälzmaschinen fortgeführt. Einige Brauereien mit wenig leistungsfähigen Sudhäusern haben jedoch in diesen regelmäßige Tag- und Nachtschichten, andere legen nur, wenn Doppelsude gemacht werden müssen, eine um Mitternacht oder 1 Uhr früh beginnende Doppelschicht ein. In den Mälzereien wird während der Kampagne auch nachts gearbeitet.“

Im Bezirk Koblenz beschäftigen 17 Brauereien etwas über 20 Arbeiter nur im Sommer des Nachts, sie lassen die Gismaschinen für die Kellerrückführung gehen. Im Düsseldorf-Bezirk weisen 13 Brauereien Nacharbeit auf. Eine Anzahl der Beamten berichtet über die Nacharbeit in den Brauereien nur summarisch, deren Angaben entbehren des Interesses.

Ueber die Schädigung der Nacharbeit finden wir in den Berichten, daß, abgesehen von den bekannten Nachteilen, deren jeder bei ständiger Entbehrung der Nachtruhe ausgesetzt ist, weitere Gesundheitsschädigungen nicht beobachtet wurden.

### Lebensmittelsteuerung.

#### I.

#### Eine noch nie dagewesene Steigerung der Fleischpreise.

Als im Jahre 1911 der Kampf um die Lebensmittelsteuerung tobte, so daß sich die Regierung infolge der tiefgehenden Erbitterung zu einem Entgegenkommen verstehen mußte, da wurde die allgemeine Steuerung von den Agrariern wie auch von den bürgerlichen Reaktionsparteien und der Regierung als eine vorübergehende Erscheinung darzustellen versucht. Es sollte nicht die agrarische Wirtschaftspolitik, sondern die sommerliche Dürre verantwortlich zu machen sein. Das Volk wurde damit getröstet, daß sich mit günstigeren Ernte- und Futtermittelverhältnissen des Jahres 1912 auch eine bedeutende Herabsetzung der Preise für Lebensmittel, besonders für Fleischnahrung, einstellen würde. Nun haben sich die günstigen Ernteausichten in der Tat verwirklicht — aber das arbeitende Volk wartet immer noch auf eine Herabsetzung der Preise für Lebensmittel. Für einige Lebensmittel sind die Preise allerdings gegen das Vorjahr etwas zurückgegangen. Aber was will das besagen, wenn man bedenkt, daß das Jahr 1911 ein ganz außerordentlich teures Jahr gewesen ist, das infolge der allgemeinen und großen Lebensmittelsteuerung auch eine allgemeine Verteuerung des Lebens und der Wohnungsmieten brachte, weil sich ja die Handels-, Unternehmer- und Hausbesitzerkreise noch am ehesten den durch die Lebensmittel verteuerten Verhältnissen anpassen konnten. Die Preise für Fleischnahrung steigen andauernd in einer geradezu beängstigenden Weise, so daß dem unbemittelten und arbeitenden Volke die Fleischnahrung fast ganz entzogen wird. Daran kann nicht gedeult und gerüttelt werden und auch alle Verschönigungsversuche müssen versagen. Daß diese Verschönigungs- und Verschönigungsversuche dennoch kommen, ist bei der agrarischen Regierung des Industriestaates Deutschland nicht verwunderlich. So macht jetzt eine offizielle Erklärung die Kunde durch die Presse, daß ein Sinken der Fleischpreise nur deshalb noch nicht eingetreten ist, weil infolge der guten Futterernte mehr Vieh in den Ställen aufgezogen werde; sobald die Ställe wieder gefüllt sein werden, sei auch ein Rückgang der Preise zu erwarten. Das alte Spiel!

Wie aber sieht die Preissteigerung für unsere Fleischnahrung in Wahrheit aus? Handelt es sich wirklich nur um eine so harmlose Erscheinung, wie es nach der offiziellen Darstellung erscheinen mag? Selbst das Organ des Bundes der Landwirte, die „Deutsche Tageszeitung“, erkennt die ungeheuerliche Verteuerung an und sagt, es sei wahr, „daß die Fleischpreise, besonders in den Großstädten, fast unerschwinglich hoch geworden sind“. Es ändert nichts an dieser Feststellung, wenn die „Deutsche Tageszeitung“ den Zwischenhandel für die Preissteigerung verantwortlich macht. Gegen diese Offenheit nimmt sich die Klugheit der Regierung besonders trefflich aus, da sie nur davon spricht, daß „ein Sinken der Vieh- und Fleischpreise noch nicht eingetreten ist“. Nein, die Preise sinken nicht, sie steigen immer mehr und haben bereits eine für die unbemittelten Klassen unerschwingliche und noch nie dagewesene Höhe erreicht! Das wird von dem Landesamt einer einzelstaatlichen Regierung, dem württembergischen Statistischen Landesamt, auf Grund einer eingehenden statistischen Zusammenstellung auch offen zugegeben. Die Darstellung des Landesamtes gibt zunächst eine Uebersicht über die Preisbewegung für Rindvieh und Schweine, die er-

kennen läßt, daß die Engrospreise für Rindvieh auf sämtlichen berücksichtigten Märkten bis zu 38 Proz. innerhalb eines Jahrzehnts angestiegen sind. Die Preise für Schweine, die immer schwankend waren, stiegen im Jahre 1911 nach ihrem Höchststand von 1909 und 1910 erheblich höher, als im Jahre 1900. In diesem Jahre haben nun nach den statistischen Untersuchungen und Feststellungen des Landesamtes die Preise eine erneute Steigerung erfahren und es wird gesagt, daß nach den auf den verglichenen Märkten ermittelten Preisen im Juli d. J. die Großhandelspreise für Rinder und Schweine eine noch nie dagewesene Höhe erreicht haben! Ist das die vorübergehende Erscheinung, von der die Vertreter der Reichsregierung immer sprachen?

Auch das Statistische Landesamt des Königreichs Sachsen macht sich die durchaus unbewiesene Behauptung zu eigen, daß infolge der günstigen Futtermittel-ernte mehr Vieh aufgezogen und weniger Vieh auf die Märkte getrieben würde, was preisverteuernd wirke. Die Preise würden fallen, wenn genug Vieh aufgezogen sei. Es sagt dann aber weiter: „Ob freilich eine erhebliche Ermäßigung in den Vieh- und Fleischpreisen eintritt, ist sehr zu bezweifeln“. Das sind ja schöne Aussichten, die sich da den unbemittelten und arbeitenden Klassen eröffnen! Die Agrarier geben zu, daß die Fleischpreise unerschwinglich hoch geworden sind; das württembergische Landesamt stellt fest, daß die Großhandelspreise für Rinder und Schweine eine noch nie dagewesene Höhe erreicht haben, und das Statistische Landesamt Sachsens hegt berechtigte Zweifel, ob selbst nach der Behebung der Fleischnot eine erhebliche Ermäßigung der Preise eintritt. Wird die Reichsregierung diese Feststellungen und Tatsachen im Interesse des unbemittelten Volkes beachten oder wird sie im Interesse einer Handvoll Großgrundbesitzer an der volksfeindlichen Wirtschaftspolitik festhalten? Die Antwort ist nicht schwer zu finden. Der Reichsanzler hat noch im vergangenen Jahre erklärt: „An unserer bewährten Wirtschaftspolitik halte ich mit allem Nachdruck fest!“ Der Einfluß und die Macht der Junker ist eben so groß, daß die große Not des Volkes und das weitere Steigen der Lebensmittelsteuerung nichts an der agrarpolitischen Haltung der Reichsregierung zu ändern vermag. Um ihre Haltung harmloser erscheinen zu lassen und mit den Verhältnissen in Einklang zu bringen, gibt die Regierung sich die größte Mühe, die Lage der arbeitenden Klassen möglichst günstig hinzustellen und die Wirkungen der Lebensmittelsteuerung abzuschwächen. Auch in der oben bereits angezogenen offiziellen Auslassung wird dieser Versuch wieder unternommen, wie das die folgenden Ausführungen zur Genüge erkennen lassen:

„Bei dieser Steigerung der Fleischpreise ist es von Interesse, zu untersuchen, ob die Fleischversorgung eine Einbuße erlitten hat. Die zur Beantwortung dieser Frage zur Verfügung stehende Statistik über die Bewegung des Fleischkonsums vom Kaiserlichen Gesundheitsamt ergibt für den Zeitabschnitt von 1904 bis 1910 eine wesentliche Steigerung des Fleischverbrauchs der Bevölkerung, trotz der in diesem Zeitraum fallenden starken Erhöhung der Preise für Vieh und Fleisch. Und zwar hat die Steigerung des Fleischkonsums nicht nur gleichen Schritt mit der Zunahme der Bevölkerung gehalten, sogar stärker zugenommen als die Bevölkerung. Dieser gesteigerte Fleischverbrauch ist eine Folge davon, daß die Lebenshaltung der großen Masse der Bevölkerung sich wesentlich gehoben und daß die Gewöhnung der Bevölkerung an Fleischnahrung eine verhältnismäßig stärkere geworden ist. Zugleich ist aber der gesteigerte Fleischverbrauch zweifellos mit ein Grund für das Ansteigen der Fleischpreise.“

Dieser statistische Nachweis kann keinen Anspruch auf Beweiskraft erheben, da nicht einmal ein volles Jahrzehnt zum Vergleich herangezogen wird, die Preise für Fleischnahrung aber — wie das besonders durch die Feststellungen des württembergischen statistischen Landesamtes nachgewiesen wird — vor 1904 wesentlich niedriger bemessen waren. Wenn dann die letzten Jahre eine Steigerung des Fleischkonsums aufweisen, so ist damit noch nicht gesagt, daß nun auch die große Masse der Lohnarbeiterschaft daran beteiligt ist — sie ist es allerdings, soweit sich das auf den Konsum des Bundes- und Pferdefleisches bezieht. Dazu kommt noch eine bessere statistische Erfassung der letzten Jahre, so daß die angeblich offiziöse Darstellung von der gehobenen Lebenshaltung der großen Masse der Bevölkerung völlig unhaltbar und irreführend ist. Auch das Blatt des Reichsanzlers sprach kürzlich von der langsamen Verbesserung des Lebensstandes der Arbeiter. Das alles soll natürlich die agrarische Wirtschaftspolitik stützen — die Arbeiter aber wissen, woran sie sind.

### Die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise.

#### XV.

#### Die Beherrschung der Großindustrie durch die Großbanken!

Der glänzenden Entwicklung der deutschen Großindustrie ging konform ein ungeheurer Aufschwung der deutschen Großbanken. Die Zahl aller Banktätiger in Preußen wuchs von 1800 im Jahre 1868 bis auf



16 200 im Jahre 1895, verneunfachte sich also! In der gleichen Zeit nahm die Bevölkerung nur um etwa das Doppelte zu. Allein in Berlin stieg in der angegebenen Zeit die Zahl der in Banken Beschäftigten von 400 auf über 8000. Im Jahre 1907 gab es in Preußen rund 40 000 Bankbeamte! In der kurzen Zeitspanne von 1882—1895 hob sich ihre Zahl von 23 000 im ganzen Deutschen Reich auf 36 000! Die auch im Bankwesen vorherrschende kapitalistische Tendenz zum Großbetrieb veranschaulicht die Tatsache, daß im Jahre 1895 ein Fünftel aller Banktätigen auf Großbanken entfiel, während es im Jahre 1882 erst ein Zehntel war! Mit anderen Worten: in allen deutschen Banken stieg die Zahl der Angestellten von 1882 bis 1895 um rund 65 Proz., in den Großbanken allein dagegen nahm sie um fast 350 Proz. zu! Der Kleinkapitalistische Bankier ward zu einer Erscheinung, die man mit der Laterne suchen muß, die Großbanken wuchsen auf Kosten der mittleren, saugen sie auf, entweder durch Beteiligung oder Fusionen usw. Typisch für das Entwicklungstempo der modernen Großbanken ist das Anwachsen der Deutschen Bank. Sie wurde im Jahre 1870 mit einem Aktienkapital von 15 Millionen Mark gegründet, daß bis 1890 auf 100 Millionen Mark stieg und 1900 die Höhe von 200 Millionen Mark erreichte.

Bevor wir auf unser eigentliches Thema eingehen, müssen wir zunächst untersuchen, auf welche Weise den Banken die gewaltigen Kapitalien zustießen, deren sie zur Unterjochung der modernen Industrie bedürfen. Um das zu verstehen, brauchen wir nur die von den Banken betriebene Tätigkeit zu betrachten, als deren vornehmste die Kreditvermittlung hervorzuheben ist. Die Bank treibt Kredithandel, d. h., sie verleiht Geld, das sie selbst sich von anderen geliehen hat. Wie der Kaufmann Waren einkauft und wieder verkauft, so treibt die Bank Handel mit dem Kredit, den sie bei ihren Gläubigern besitzt. Der Gewinn besteht in der Differenz zwischen den Zinsen, den die Bank ihren Gläubigern zahlen muß, und jenen, die sie für das von ihr ausgeliehene Geld erhält, abzüglich der Betriebskosten. Vorbedingung zum Kredithandel ist natürlich das Vorhandensein eigenen Kapitals der Bank, auf Grund dessen sie Kredit genießt. Dieser ist selbstverständlich um so größer und billiger für die Bank, je größer ihr eigenes Kapital ist.

Eine hervorragende Rolle nimmt unter den Bankkreditgeschäften die Diskontierung von Wechseln ein. Wechsel sind entweder Zahlungsaufträge oder Zahlungsversprechen. Zahlungsauftrag ist ein Wechsel, wenn z. B. A seinen Kredit, den er bei B hat, in der Weise ausnutzt, daß er eine Schuld an C mit einem Wechsel auf B begleicht, dessen Betrag dieser nach einer bestimmten Zeit an B in Bargeld auszahlen soll. Ein Zahlungsverprechen stellt sich im Wechsel auf sich selbst dar, der nach bestimmter Zeit vom Ausstellenden in bar umgetauscht werden muß. Unter Diskontierung von Wechseln versteht man deren Ankauf durch eine Bank unter Abzug eines Diskonts, der eine Verzinsung der Summe, auf die der Wechsel lautet, bis zu seinem Verfall (Einschlags-)tage darstellt. Auf diese Weise können Geschäftsleute für in ihren Händen befindliche Wechsel sofort Geld erhalten, wenn sie welches gebrauchen. In sogenannten Clearinghäusern werden Wechsel, die von verschiedenen Banken angekauft sind, gegenseitig ausgeglichen; auf diese Art können gewaltige Zahlungen ohne Anwendung von Metallgeld geleistet werden.

Wechsel finden u. a. ausgedehnte Benutzung im internationalen Zahlungsverkehr, der fast ganz mit ihrer Hilfe vor sich geht. So bezahlte z. B. Frankreich die Kriegsschadigung, die es nach 1871 an Deutschland zu leisten hatte, zum größten Teil — in der Höhe von 4248 Millionen Frank — in Wechseln verschiedenster Art. —

Nicht immer war die Wechseldiskontierung so beliebt wie heute. Werner Sombart schreibt darüber: „Die Sitte, sich den Gelbbetrag, über den der Wechsel lautet, vor dessen Verfallzeit zu beschaffen, um die entsprechende Summe soviel früher wieder werbend anlegen zu können, ist in Deutschland erst im Laufe des 19. Jahrhunderts allgemein geworden. Noch in den 1820er Jahren war sie selbst im fortgeschrittenen Hamburg eben im Entstehen begriffen.“ Der immer vorzüglich unterrichtete Büsch schreibt in dem 1824 erschienenen ersten Bande seiner Schriften: Es ist noch nicht gar lange, da ein Kaufmann es als seinem Kredit schädlich ansah, wenn er einen Wechsel diskontieren ließ. Nun habe aber sich die Sitte eingebürgert, weil die Handlung so lebhaft geworden sei, „daß auch der solide (1) Kaufmann für jeden Tag es als Verlust ansieht, wenn sein Geld müßig steht!“

Die Summe der in Deutschland in Umlauf gesetzten Wechsel betrug im Jahre 1885: 12 060, 1895: 15 241 und 1905: 25 506 Millionen Mark! Eine einzige Großbank, die Diskonto-Gesellschaft, hatte am Schlusse des Jahres 1900 einen Wechselbestand von über 100 Millionen Mark. Während die Reichsbank im Jahre 1872 für 3 872 Millionen Mark im Inlande zahlbarer Wechsel kaufte, erwarb sie 1900 für rund 8 1/2 Milliarden Mark!

Eine für die Banken beständig fließende Quelle riesiger Kapitalien ist der Depositenverkehr: das Depozieren, Niederlegen sonst unbenützten Geldes gegen Verzinsung in die Depositentassen der Banken. Den

Zinssatz setzen die Banken nach den sich ihnen bietenden Aussichten auf Weiterverwertung der Gelder fest. Folgende Tabelle unterrichtet über die Entwicklung des Depositenverkehrs. Es bezaehnen Depositentassen in Berlin (nach Dr. H. Wilbrandt: „Volkswirtschaftliche Vorlesungen“):

	1890	1907
Die Deutsche Bank . . . . .	7	40
Alle Großbanken zusammen . . . . .	15	172

Nach Dr. Niebers Angaben verfügten die deutschen Kreditbanken im Jahre 1910 über einen Depositenbestand von rund 3 1/2 Milliarden Mark! Und diese gewaltigen Summen setzen die Großbanken in den Stand, sich nach und nach das gesamte moderne Industriegetriebe zu unterjochen. —

### Junkerpolitik, Deutschlands Niedergang.

Die Gunst der weltwirtschaftlichen Entwicklung, das Vorhandensein der erforderlichen Vorbedingungen machten Deutschland in den letzten Jahrzehnten zu einem der ersten Länder auf dem Weltmarkt. Aber die eroberte Stellung, die in hervorragendem Maße das materielle Wohl des Volkes bestimmt, ist nicht unerschütterlich, nicht für alle Zeiten gesichert. Wie der Gang der Ereignisse andere Länder von der stolzen Höhe einer Weltmacht zurückdrängt, sie im Vormarsch der Völker auf gewerblichen und industriellen Gebieten immer weiter ins Hintertreffen geraten ließ, so kann es auch einst Deutschland ergehen. Solches Schicksal ist ihm gewiß, wenn des Reiches Wirtschaftspolitik nicht auf die Bedürfnisse der Entwicklung eingestellt ist. Dieser unbedingt den Weg vorzuschreiben, ist nicht möglich, aber man kann die Gestaltung der Dinge doch oft beeinflussen, zu eigenem Vorteil lenken, nämlich dann, wenn man sich ihrem natürlichen Lauf anzupassen versteht. Leider kann man das von der deutschen Wirtschaftspolitik nicht sagen. Sie ist vielmehr geeignet, des Staates wirtschaftliche Entwicklung zu hemmen, ein Zurücksinken Deutschlands in Bedeutungslosigkeit vorzubereiten.

Die sozial und wirtschaftspolitisch bemerkenswerteste Erscheinung unserer wirtschaftlichen Situation ist das arge und wachsende Mißverhältnis zwischen der Produktion und der Konsumkraft der Arbeiterschaft. Der Lohn steigt nicht im Verhältnis zur Zunahme der erzeugten Warenmenge — der auf das gleiche Quantum entfallende Lohnbetrag wird geringer — und damit vermindert die aufhaltende Steigerung der Warenpreise, vor allem die der Wohnungsmieten und der Lebensmittel die Kaufkraft in ganz erheblicher Weise. Die schädlichen Rückwirkungen auf die gewerbliche Gütererzeugung liegen auf der Hand. Was die Arbeiter, Beamten, überhaupt die große Masse der nicht aus dem Vollen schöpfenden Konsumenten für Lebensmittel mehr aufwenden müssen, können sie naturgemäß nicht für den Einkauf von Industrieerzeugnissen verausgaben; die Nachfrage schwächt ab.

Somit bedeutet die Teuerung eine Gefahr für die gegenwärtige Konjunktur, deren Intensität sie abschwächt, deren Dauer sie verkürzt. Es wird zwar viel davon orakelt, daß die zunehmende Kaufkraft der Landwirtschaft die Industrie befruchte, daher die Teuerung gewissermaßen eine Voraussetzung guter Wirtschaftskonjunktur für die gewerbliche Gütererzeugung sei. Solche Redereien sind nicht ernst zu nehmen. Der Löwenanteil von den der Konsumtentenschaft mehr abgenommenen Millionen fließt einer verhältnismäßig kleinen Gruppe Großgrundbesitzer und Großkaufleute zu. Diese mag nun auch für allerhand Luxus usw. beträchtliche Summen aufwenden, das erjezt nicht den Ausfall im Konsum der auf den Massenverbrauch berechneten Erzeugnisse der Textil-, überhaupt der Bekleidungsindustrie, sowie den Ausfall, den alle auf die Herstellung von Hausgeräten usw. eingerichteten Gewerbe erleiden. Und für diese ist es kein Trost, daß einige Luxusindustrien besser florieren, und den durch den Mindertkonsum von Stapel- und Massenartikeln arbeitslos werdenden Proletariats ist damit sicher nicht geholfen.

Die andauernde Verteuerung der Lebensmittel hat wegen ihrer Ursache aber auch noch eine andere, über die akute Wirkung weit hinausgehende wirtschaftspolitische Bedeutung. Aus ihr erwächst, wenn die Ursachen der Teuerung bestehen bleiben, zweifellos auch der vielgerühmten Machtposition des Deutschen Reiches eine Gefahr. Die agrarischen Argumentationen über die Notwendigkeit, Deutschland in der Lebensmittelversorgung vom Auslande unabhängig zu machen, können nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß wir in wachsendem Maße auf den Export von Industrieerzeugnissen angewiesen sind. In den ersten sieben Monaten 1912 stellt sich die Ausfuhr — ausschließlich aller land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnisse — auf 342 Millionen Doppelzentner im Wert von 4182 Millionen Mark, gegen 362 Millionen Doppelzentner und 3728 Millionen Mark im Jahre vorher. Die Zahlen zeigen, in welchem Maße Deutschland schon auf den Export angewiesen ist und daß das Ausfuhrbedürfnis in starkem Tempo steigt.

Wirtschaftlich vorteilhaft wäre es, diesem Bedürfnis durch Förderung der weiterverarbeitenden Industrien, solcher Industrien, die hochqualifizierte Erzeugnisse liefern, in denen viel Arbeitskraft bergewinnbringend ist, in denen große Lohnsummen stecken, entgegenzukommen. Das braucht nicht erst noch eingehend nachgewiesen zu werden, es genügt, in diesem Zusammenhange daran erinnert zu haben. Eine diesen Verhältnissen Rechnung tragende Wirtschaftspolitik würde der Industrie fertiger Erzeugnisse und damit dem ganzen Wirtschaftsleben Deutschlands eine glänzende Aussicht eröffnen. Die Voraussetzung dafür ist vorhanden. Die industrielle Erschließung und Rekonstruktion der Balkanstaaten, des unermesslichen Chinareiches und vor allem Russlands ist nur eine Frage der Zeit; zum Teil hat sie bereits lebhaft eingesetzt. Das Aufkommen einer Holzindustrie, die Hebung und Gewinnung von Naturgütern, die dort in überreichen Mengen vorhanden sind, erfordert eine hochentwickelte Industrie der Maschinen, Apparate, Instrumente usw., die alle jene Erzeugnisse zu liefern imstande ist, die zur Errichtung von Bergwerken, Güten, Eisenbahnen usw. erforderlich sind.

Deutschland hat diese Industrie. Dieser den Weg zu jenen Märkten offen zu halten, zu erleichtern, müßte eine der vornehmsten Aufgaben einer weitausschauenden Wirtschaftspolitik sein. Wie aber sieht es in dieser Beziehung bei uns aus?

Unsere vielgerühmte, angeblich auf den „Schutz der nationalen Arbeit“ eingestellte Wirtschaftspolitik, die in Wirklichkeit in ganz einseitiger Weise den egoistischen Interessen der Agrarier, das heißt vorwiegend der Großgrundbesitzer und der mit diesen verbündeten deutschen Rohstoffindustrien, Rechnung trägt, ist das unfehlbarste Mittel, der Fertigungsindustrie jenen Deutschlands hervorragende Stellung auf dem Weltmarkt sichernden Weg gründlich zu verammeln.

Die agrarische Abschließungspolitik erschwert den Arbeitern die Lebenshaltung, steigert die Geschlechtskosten in der gewerblichen Gütererzeugung, und sie reizt die anderen Staaten zu dem gleichen Vorgehen. Soweit Deutschland als Objekt der handelspolitischen Maßnahmen für andere Staaten in Betracht kommt, richten sich deren Einfuhrerleichterungen naturgemäß vorwiegend gegen deutsche Fertigerzeugnisse. Als eine Folge davon macht sich schon jetzt eine Abwanderung der betroffenen Gewerbe in das Ausland bemerkbar. Die Abwanderung wird mit dem Ausfallen und mit einer weiteren Verschärfung der Abschließungspolitik erheblich wachsen. Deutsches Kapital, deutsche Intelligenz, deutsche industrielle Erfahrung, deutsches Können, deutsche Fertigkeit wandert aus, sucht ganz selbstverständlich auch solche Länder auf, deren wirtschaftliche Erschließung der deutschen Bearbeitungsindustrie fast unbegrenzte Perspektiven öffnet, wenn sie ihr durch die kurzfristige deutsche Wirtschaftspolitik nicht verschlossen würden. Dem großen mobilen Kapital verschlägt das natürlich nichts, dem ist es ganz gleichgültig, wo es gewinnbringende Anlagen findet. Diese sucht es auf, ganz gleich, wo und unter welchen Bedingungen und Voraussetzungen.

Von ganz anderen Gesichtspunkten aus, als wie die Agrarier und andere engstirnige Interessentengruppen, vor allem auch die Beherrscher des mobilen Kapitals, müßte die auf die Machtposition des Landes pochende Regierung und die berufene Volksvertretung die Wirtschaftspolitik des Reiches beurteilen. Mag der Regierung das Wohl der großen Masse schließlich weniger am Herzen liegen, sie muß sich aber mit der Tatsache auseinandersetzen, daß das Vertrauen der Agrarier und deren Zufriedenheit das Reich nicht vor dem Schicksal bewahren kann, das weltbewegende wirtschaftliche Umwälzungen und Verschiebungen ihm unweilbar bereiten, wenn unsere Wirtschaftspolitik nicht den Bedürfnissen der unaufhaltamen Entwicklung sich anpaßt. Entweder wir treiben Wirtschaftspolitik — oder Deutschlands Weltmachtposition ist später nur noch eine historische Tatsache.

Aber es hat nicht den Anschein, als ob die Bahnen der zum Niedergang führenden Politik verlassen werden sollten. Das Agrarierturn herrscht, regiert, diktiert des Deutschen Reiches Wirtschaftspolitik. Deutlich offenbart das der Regierung Verhalten in der Frage der Teuerung. Ihrer Macht bewußt, denken die Agrarier nicht an einen Abbruch der Zollmauern. Des Gehorsams der Regierung sicher, fordern sie vielmehr den lückenlosen Zolltarif, eine Erweiterung und Erhöhung der Zölle.

Schon jetzt treibt uns die tolle agrarische Wirtschaftspolitik der Junker in handelspolitische Konflikte hinein; das wird schlimmer, Zollkriege sind uns sicher, wenn die Forderungen auf Einführung oder Erhöhung von Zöllen auf Gemüse, Kartoffeln, Obst, Milch usw. Erfolg haben sollten. Jede neue Konzession an die herrschende agrarische Wirtschaftspolitik verschlechtert Deutschlands Position auf dem Weltmarkt in ganz erheblichem Maße.

Des Reiches Niedergang kann nur eine Frage der Zeit sein, wenn es nicht die Kraft findet zu einer ganz entschiedenen Abkehr von der bisher betriebenen Abschließungspolitik.

### Wirtschaftliche Rundschau.

Englische Diskonterhöhung und deutsche Geldmarktlage — Panamakanal, englische und amerikanische Schifffahrt.

Die allmählich näherrückende große Herbstabrechnung, mitunter die größte des ganzen Jahres, hat diesmal ihren Schatten zuerst in England vorausgeworfen. Am 29. August erhöhte die Bank von England ihren Diskont um ein ganzes Prozent: von 3 Proz., die seit dem 9. Mai gegolten hatten, auf 4 Proz. Mit der Aenderung um ein halbes Prozent ist man bereits seit ein paar Jahren angefaßt der Herbstperiode vertraut. Ueberraschend wäre eher die Frühzeitigkeit der Maßnahme; 1911 erfolgte die Erhöhung am 21. September, 1910 sogar erst am 29. September.

Ueber die künftige Lage der deutschen Reichsbank sind die Meinungen offensichtlich geteilt. An dem Tage des englischen Vorgehens hielt gerade der Zentralausschuß der Reichsbank eine Sitzung ab, und Präsident Savenstein betonte seine Zufriedenheit mit dem Kursverlauf vom 23. August und mit den seitdem noch erfolgten Veränderungen. Wenn er jedoch weiter betonte, daß „für den Augenblick“ eine deutsche Diskonterhöhung (jetziger Diskont 4 1/2 Proz.) nicht in Frage komme, so übersah zwar die Würde diese Einschränkung, um das fröhliche Kurstreiben keine Einbuße erleiden zu lassen. Andere Kreise dagegen warnen um so entschiedener vor einer dauernden Vertrauenslosigkeit. An sich schon ist Deutschland gewöhnt, den Abhand gegen England größer als 1/2 Proz. zu halten, sicherer aus sehr triftigen Gründen, obwohl die letzte Spannung von nicht weniger wie 1 1/2 Proz. als außerordentlich bezeichnet werden muß, und zum Teil als besondere Abwehrmaßnahme gegen die deutsche Kreditüberspannung zu verstehen ist. Aber der Berliner Privatdiskont ist diesmal dem Satz der Reichsbank bereits sehr nahe gerückt (4 1/2 gegen 4 1/2 Proz.), während er im Vorjahre um diese Zeit noch einen Abstand von 1/2 Proz. ließ (3 1/2 gegen 4 Proz.). Dennoch stellte sich im Vorjahre schon lange vor dem Oktobertermin, nämlich am 19. September, die Notwendigkeit heraus, den Diskont um ein ganzes Prozent (auf 5 Proz.) zu steigern. In der zweiten Septemberwoche wird man diese Dinge klarer als jetzt übersehen können.



Die öffentliche Meinung Englands kümmert sich zurzeit wenig um die Schwankungen des Geldmarktes. Sie ist mit einer anderen größeren Sorge beschäftigt: mit der plötzlichen brennend gewordenen Frage der Panamagebühren.

Die öffentliche Sphäre der Gebührensfrage an sich für England nicht das Entscheidende sein. Von ihr würde es höchstens abhängen, ob nicht ein verhältnismäßig größerer Teil der europäischen Schifffahrt nach Ostasien und Australien dem alten Suezkanalweg frei bleibt, der von London, Liverpool, Hamburg, Antwerpen, Havre noch immer die kürzeste Verbindung nach Singapur und Hongkong und selbst nach Yokohama und Melbourne-Sidney darstellt.

England glaubte sich bis zuletzt durch die Bestimmung des 1901 abgeschlossenen Hay-Pauncefote-Vertrages gesichert.

Die Vereinigten Staaten anerkennen als Grundlage der Neutralisation des Kanals folgende Regeln, wie sie wesentlich im Suezkanal-Vertrag, der in Konstantinopel am 28. Oktober 1888 unterzeichnet wurde, enthalten sind und den Zweck haben, die freie Schifffahrt zu garantieren.

Die Vereinigten Staaten interpretierten jedoch diesen Vertragsinhalt als eine bloße Umschreibung der sonst üblichen handelspolitischen Meistbegünstigung: England sei dabei gesichert, schlechter als irgendein anderer „ausländischer“ Mitkonkurrent behandelt zu werden, die Gleichstellung von Ausland (Europa) und Inland (Vereinigte Staaten) gehe jedoch weit über den Rahmen der Meistbegünstigung hinaus und liege deshalb keinesfalls im Sinne der Abmachung von 1901.

Berlin, 3. September 1912. Max Schippel.

Für die Betriebsorganisation

erklärte sich, wie wir bereits in Nr. 33 berichteten, einstimmig der im August abgehaltene Verbandstag des Fabrikarbeiterverbandes. In den Nummern 23 bis 27 des „Proletarier“ hatte die Redaktion denselben bereits vor dem Verbandstag die Entwicklungstendenzen des modernen Industrialismus trefflich dargestellt, soweit die Gewerkschaftsarbeit davon beeinflusst wird.

Antonsequenz, die wir gleichfalls wiederholt festgestellt haben. So kommt der „Proletarier“ zu der gewiss berechtigten Forderung, nicht länger mit zweierlei Maß zu messen. Wenn die gelehrten Arbeiter die ungelerten Arbeiter für sich reklamieren, muß auch gefordert werden, daß die im Verbandsgebiet beschäftigten gelehrten Arbeiter, soweit sie direkt oder indirekt am Produktionsprozeß beteiligt sind, der Betriebsorganisation angehören.

„Auf dem Gewerkschaftskongreß zu Köln (1905) unternehmen die Metallarbeiter noch einen Versuch, wenigstens die bedingte Betriebsorganisation zu retten; sie unterbreiteten dem Kongreß eine Resolution, in der es u. a. hieß: „Arbeiter — gelehrte und ungelerte —, die in einem Betriebe zusammenarbeiten und deren Tätigkeit bei der Herstellung von Produkten organisch zusammenhängt, sind in dem für ihren Beruf errichteten Industrieverband zu organisieren.“

Die Resolution forderte die Einheitsorganisation also nicht für alle in einem Betriebe beschäftigten Arbeiter, sondern nur für die in der Produktion organisch zusammenarbeitenden. In einem weiteren Absatz wurden die „betriebsfremden“ Arbeiter noch ausdrücklich ausgenommen.

Nun wird in einem Resümee über die Arbeiten und Beschlüsse des Verbandstages in Nr. 33 des „Proletarier“ ganz richtig gesagt, diese Resolution schaffe für den Verband kein neues Recht, sondern so lange Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses bestehen, müssen diese respektiert werden.

Die Geschäftsfrage der deutschen Mühlen hat sich im letzten Jahre wieder erheblich gebessert, nachdem in den Betriebsjahren 1909 und 1910 ein empfindlicher Rückgang der Ertragsnisse eingetreten war. Im Gesamtverlauf des Jahres 1911 erschienen 52 vergleichbare Geschäftsjährliche von Aktienmühlen für das abgeschlossene Rechnungsjahr. Das gesamte Nominalkapital dieser Gesellschaften war vom Jahre 1909 zu 1910 von 53,06 Millionen Mark auf 58,16 Millionen Mark heraufgesetzt worden.

Ueber das Müllereigewerbe im ersten Halbjahr 1912

Die Geschäftsfrage der deutschen Mühlen hat sich im letzten Jahre wieder erheblich gebessert, nachdem in den Betriebsjahren 1909 und 1910 ein empfindlicher Rückgang der Ertragsnisse eingetreten war. Im Gesamtverlauf des Jahres 1911 erschienen 52 vergleichbare Geschäftsjährliche von Aktienmühlen für das abgeschlossene Rechnungsjahr. Das gesamte Nominalkapital dieser Gesellschaften war vom Jahre 1909 zu 1910 von 53,06 Millionen Mark auf 58,16 Millionen Mark heraufgesetzt worden.

Table with 6 columns: Jan.-Juni, Weizenmehl, Seg. d. Vorjahr, Roggenmehl, Seg. d. Vorjahr. Rows for years 1907 to 1912.

Trotz des Rückgangs im laufenden Jahre ist der gewaltige Fortschritt der deutschen Müllei in ausländischen Absatzmärkten unverkennbar. Im Berichtsjahre wurden 315 916 Doppelzentner Weizenmehl und 331 191 Doppelzentner Roggenmehl mehr als in der Korrespondenzperiode des Jahres 1907 aus dem deutschen Zollgebiet exportiert.

Mark. Das wichtigste Absatzland für Roggenmehl ist in den letzten Jahren Finnland geworden, das im ersten Halbjahr 1907 nur 115 126 Doppelzentner, in den Berichtsmoaten hingegen 220 571 Doppelzentner empfing. Norwegen nahm vom Januar bis Juni dieses Jahres 169 103 Doppelzentner deutsches Roggenmehl auf.

Table with 7 columns: Juni, 1907, 1908, 1909, 1910, 1911, 1912. Rows for Danzig, Roggen and München, Roggen.

Der niedrigste Stand der Roggenpreise im Jahre 1909 brachte auch billigeres Mehl an den Markt. Im laufenden Jahr sind trotz der Erwartung einer ausgezeichneten Roggenernte die Preise bisher hochgehalten worden, da insbesondere Italien einen unerwartet starken Begehre zeigte.

Table with 7 columns: Juni, 1907, 1908, 1909, 1910, 1911, 1912. Rows for Weizen and Weizenmehl.

Die niedrigsten Preise wurden im Jahre 1910 notiert.

Bewegung im Berufe.

Zuzug ist fernzuhalten nach folgenden

- Bräuereien: Balingen, Adlerbrauerei. Birg-L. Brauereigesellschaft. Deutscha i. Thür., Ab. Greiners Erben. Offenburg, Brauerei Mümbinger. Rottweil, Brauerei zur alten Post. Mühlen: Sütten b. Königstein, Mühle Zeilig. Anaukleeberg, Wilh. Zettner. Patschoppel b. Dresden, Weisbach u. Lochmann. Oberkaufungen, Kunstmühle G. Lederhose. Wiesbaden, Eleimühle. Geseffabriken: Emmertal bei Sameln, Emmertaler Geseffabrik.

Lohnbewegungen. — Tarifverträge. — Differenzen.

Bräuereien. † Lauscha. Streik. Gar stolz gaben sich die Herren Greiner, hier, bei der eingeleiteten Lohnbewegung. Zwei-mal wurde vergebens der Weg friedlicher Verständigung versucht; die Herren Greiner können es mit ihrem Herrenstandpunkt nicht vereinbaren, daß sie mit den Vertretern ihrer Arbeiter die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich regeln.



bezahlen. (Die Streikenden verlangen 20 Mk.) Der abgesetzte Posthalter, früherer Metzgermeister und Viehhändler Dietlmeier aus Landskron, jetzt noch Teilhaber der Genossenschaftsbrauerei Welden, fährt fast jeden Tag nach Landskron. In seiner Nebelhaftigkeit schimpft er immer über den Streik. So meinte er einem Fahrgast gegenüber: „Ja, wissen Sie, jetzt haben wir Tagelöhner und so Zeug übereinander, im Herbst, wenn die Streikenden fort sind, dann kriegen wir schon wieder andere, die bezahlen wir dann gut, dann können wir diese Tagelöhner und was jetzt da ist wieder weg tun.“ Der Oberreisbuchner ist nun ganz ruhig geworden. Ob er ab und zu an die Abortabenteurer denkt, kümmert uns nicht. Herr Ernst ist jetzt Posthalter in Welden geworden, und Herr Dietlmeier hat das Nachsehen. Ob der neue Bierfiedler bei Ernst auch die Trebern so abteilen muß wie früher, weiß man nicht. Da werden die Bauern sich schon einmal rühren, wenn sie zu kurz kommen. Wie man hört, wollen die Brauereibesitzer, an der Spitze Herr Barth, mit dem Bierpreis in Welden in die Höhe gehen. Nun, das käme der Weldener Genossenschaft gerade noch recht. Vielleicht müssen die Herren dann ihren „famosen“ Stoff selbst trinken. Das könnte ihnen nicht schaden. Wenn auch die Brauereibesitzer in Welden, besonders aber die Herren Ernst und Barth, die zwei liebenswürdigen Konkurrenznachbarn, glauben, sie haben endlich vor dem vermaldeiten Streik ihre Ruhe, so sollen sie sich nur an den Herrn erinnern, der ihnen sagte: „Was nützt es, es wird doch noch kommen, daß der Arbeiter auch noch ein Recht hat, über seine Arbeitskraft selbst zu verfügen.“ Der Streik dauert bereits volle fünf Wochen und dürfte voraussichtlich noch lange nicht beendet sein.

Mühlen.

† Dresden. Streik. In den Mühlenbetrieben von H. Eger in Deuben, Weichold u. Lochmann in Potschappel, Zeibig in Gütten bei Königstein, Rämisch in Dresden und Blischke in Lochwitz traten unsere Kollegen vor einigen Wochen in eine Lohnbewegung ein, um angesichts der teuren Zeiten ihre bisherige Lebenshaltung wenigstens aufrecht erhalten zu können. Die genannten Firmen sind Mitglieder des Arbeitgeberverbandes der sächsischen Mühlenindustrie und folgen in ihren Entschlüssen den von diesem Verbände gegebenen Direktiven. Die Forderungen wurden also zunächst dem Arbeitgeberverband eingereicht, weil die Kollegen annehmen durften, daß man auf Unternehmerseite auch die Arbeiterorganisation anerkennt würde, nachdem man selbst seine Entschlüsse in die Hand des Arbeitgeberverbandes gelegt hatte. Zu dieser selbstverständlichen Anerkennung aber konnte man sich im Unternehmerlager noch nicht aufraffen, man wollte, obwohl der einzelne Unternehmer in der Lohnfrage gar nichts mehr zu bestimmen, sondern den Anordnungen des Arbeitgeberverbandes zu gehorchen hatte, „Herr im Hause“ sein oder wenigstens den Arbeitern gegenüber so tun. Was den Unternehmern in diesem Fall recht war, ihre Interessen durch eine Organisation zu wahren, das sollte den Arbeitern nicht auch recht und billig sein. Die Herren bilden sich natürlich noch immer ein, daß sie gerecht denkende und handelnde, den Arbeitern gegenüber loyal verfahrenende Arbeitgeber seien! Zum Glück für uns gibt es freilich keinen Arbeiter mehr, der ihnen das glaubt. Der Arbeitgeberverband antwortete auf die Einreichung der Forderungen:

„Unsere Mitgliedsfirmen müssen es auch fernerhin ihren Arbeitern anheimstellen, sich wegen etwaiger Wünsche direkt an ihre Arbeitgeber zu wenden.“

Um nichts unberücksichtigt zu lassen, wandten sich nunmehr die Arbeiter direkt an die Unternehmer und unterbreiteten diesen ihre Forderungen. Sie dachten dadurch eher etwas zu erreichen. Aber darin wurden sie eines anderen belehrt. Schon die Einreichung des Tarifvertragsentwurfs hatte die Herren Zeibig in Gütten, Weichold in Potschappel und Eger in Deuben veranlaßt, ihren Herrenstandpunkt hervorzuführen. Herr Zeibig-Gütten produzierte sich sofort als Bernächster des den Arbeitern gefällig gewährleisteten Koalitionsrechtes. Nicht genug damit, daß er auf die Forderungen ein glattes „Nein!“ hatte, ließ er seine Arbeiter einzeln in das Kontor rufen und erklärte diesen, daß, wenn sie sich nicht unterschriftlich verpflichten, aus der Organisation auszutreten, dieses der Kündigung gleichbedeutend sei. Als dieses Ansinnen einmütig abgelehnt wurde, entließ Herr Zeibig kurzerhand die bei ihm beschäftigten Müller, ohne die Kündigungsfrist einzubalten. Dem Vertreter der Organisation, der eine Vermittelung anzubahnen versuchte, erklärte Herr Z., daß er nicht daran denke, jemals wieder organisierte Leute in seinem Betriebe zu beschäftigen. Damit gab er ungewöhnlich zu erkennen, daß es ihm nur darum zu tun ist, die Organisation aus seinem Betriebe zu entfernen. Nicht die Forderung seiner Arbeiter war für ihn maßgebend, nein, einzig und allein das Bestehen, die Organisation lahmzulegen. Das geht zur Evidenz daraus hervor, daß er sich Ginzbebrüder aus Hamburg hat kommen lassen, denen er neben freier Kost und Logis einen Wochenlohn von 36 Mk. bezahlt, während seine jahrelang bei ihm beschäftigten Arbeiter einen solchen von 22,50 Mk. und 23,50 Mk., natürlich ohne Kost und Logis, erhielten. Wenngleich Herr Zeibig diese Ginzbebrüder nur auf drei Wochen engagiert hat, so darf er nicht glauben, daß er durch diese seine Maßnahmen den Kampf gewonnen hat.

In ebenso feibolter Weise hat die Firma Weichold u. Lochmann, Hofmühle in Potschappel, die Differenz mit ihren Arbeitern herbeigeführt. Als die Arbeiter das Angebot der Firma, eine Erhöhung von 10 Pf. pro Schicht, ablehnten, kündigte sie diesen ohne weitere Angabe von Gründen das Arbeitsverhältnis. Die Organisationsleitung, die eine Aussprache herbeiführen wollte, speiste Herr Weichold mit den Worten ab: „Mit einer Organisationsleitung habe ich überhaupt nichts zu tun!“

Vermittelungsversuche, die Kollege Röppler beim Arbeitgeberverband und bei Weichold-Potschappel machte, wurden ebenfalls kurzerhand abgewiesen.

Ähnlich erging es der Arbeiterschaft und den Vertretern der Organisation bei der Firma H. Eger in Deuben. Wurde daselbst auch von einer sofortigen Entlassung der organisierten Arbeiter Abstand genommen, so wurden sie doch vor die Alternative gestellt, ein Schriftstück

zu unterschreiben, wonach sie mit den „Zugeständnissen“ zufrieden seien. Diese „Zugeständnisse“ aber, die den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen in keiner Weise entsprechen, können mit vollem Rechte als eine Verhöhnung der Arbeiterschaft bezeichnet werden.

Als die Egerischen Kollegen die verlangte Unterschrift nicht geben und mit der noblen Lohnzulage von 10 Pf. pro Tag sich nicht abfinden lassen wollten, wurden sie zusammengerufen, und der Herr Kommerzienrat Eger brachte es durch patriarchalisches Gezeire und zorniges Poltern schließlich doch fertig, daß die Kollegen endlich unterschrieben und leider die Direktiven ihrer Organisation nicht akzeptierten, wie das die Unternehmer taten.

Dadurch kam der Aufmarsch der Kollegen ins Wanken, die Organisation konnte nun bei Eger, der größten der in Frage kommenden Mühlen, nichts mehr unternehmen, und sie muß sich nun darauf beschränken, die Herren Zeibig-Gütten und Weichold und Lochmann-Potschappel durch Schaden klug werden zu lassen.

Die organisierten Arbeiter Dresdens und des Plauenischen Grundes und vor allen Dingen die in Frage kommenden Konjunkturvereine werden sicher den Herrendünkel der „Herren im Hause“ nicht noch dadurch fördern, daß sie die Mühlenfabrikate und Bäckereiprodukte dieser Herren konsumieren.

Bei den zuständigen Instanzen ist die Verhängung des Boykotts beantragt. Unsere Kollegen wollen streng den Bezug fernhalten.

† Lübeck. Tarifvertrag. Die Lohnbewegung in der Kunstwalzenmühle von Hinrichsen führte zum Abschluß eines Tarifvertrags, der den Kollegen 1 Mk. Lohnerhöhung sofort und 50 Pf. im September 1913 bringt. Die Ueberstundensätze wurden um 10 Pf. pro Stunde erhöht, der Urlaub von 3 auf 6 Tage verlängert und die üblichen Vergünstigungen aus § 616 des B.G.B. gewährt. Die Organisation wurde anerkannt. Die Mühle kämpfte beinahe das ganze Jahr mit schlechtem Geschäftsgang, sonst wäre die Lohnerhöhung besser ausgefallen. Den übrigen Lübecker Mühlenarbeitern mag die mit Erfolg durchgeführte Bewegung ein Ansporn sein.

† Gütten b. Königstein. Streik. Die Ginzbebrüder in der Kunstmühle in Gütten versuchten schon am ersten Tage ihres Hierseins, die ausgeperrten Müller zu provozieren. Es gelang ihnen aber nicht, da die ausgeperrten die größte Ruhe bewahren und sich mit der Sipperschaft nicht einlassen. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß diese auch die übrige Arbeiterschaft provozieren werden. Die Bevölkerung mag deshalb auf der Hut sein und mag sich mit den Ginzbebrüder nicht einlassen, dann können diese ihre Kunstgewandtheit mit Gummirollen und Schlagring nur an Herrn Zeibig und dessen Profuristen, Herrn Nummer, ausüben. Wahrheit rührend ist es, wie Herr Zeibig für das Wohl seiner Garde sorgt. Nichts von dem sonst so oft herausgekehrten Herrenstolz ist da zu spüren. Ach, wenn die „Herren im Hause“ eine Ahnung hätten, welche postliche Figur sie den Arbeitern gegenüber spielen, wenn sie, die stolzen Herren, den Streikbrechern fast aus der Hand fressen! Solche Schauspiele müssen ja außerordentlich die „Autorität“ stärken! Frauen, Dienstmädchen und andere Personen laufen immerwährend mit gefüllten und entleerten Gefäßen hin und her. Auch das nötige Lagerbier darf nicht fehlen, ist es alle geworden, wird telephoniert, und sofort sind wieder fünf Kräten da. Zu bewundern ist nur, daß Herr Zeibig als Oberleutnant der Landwehr diese Garde nicht selbst anstellt und befehligt, sondern sich extra einen Häuptling mitkommen ließ, der den ganzen Tag nur vor der Tür steht, die Hände in den Hosentaschen, eine Zigarette qualmend und das vorübergehende Publikum fixierend. Gespannt ist man allgemein, was diese Leute, unter denen wohl kaum ein einziger Müller ist, für Produkte liefern werden. Bemerkenswert ist, daß früher die Frühstückstube der Arbeiter wöchentlich einmal gereinigt wurde, was aber jetzt am Tage mehrermals geschieht. Wie mag es da erst in der Mühle ausfallen?

Wie oft hören wir bei vorbereitenden Versammlungen zu Lohnbewegungen, bei denen die Unternehmer die „grohmächtigen“ Frohen herauskehren, die mit dem Verbände nicht verhandeln wollen, Arbeitern, welche bei Streiks schon dabei waren, mit lustigem Augenzwinkern sagen: Lassen wir den oder die Grobfohen doch mal Streikbrechern in den A... kriechen! Und prompt kriechen die Halbgoetter der Erde — hinein!

Korrespondenzen.

Grüßingen. In unserer letzten Mitgliederversammlung hielt Kollege Holzfurtner einen Vortrag, der sich mit dem im Frühjahr abzulaufenden Tarifvertrag befaßte. Dieser Vertrag weist noch große Mängel und Lücken auf, die bei der Bewegung im Frühjahr beseitigt werden müßten. Vorbedingung sei eine organisierte, einige und geschulte Kollegenschaft. Es sei deshalb notwendig, daß die Kollegen ihren Wandertrieb etwas bezähmen, damit nicht durch den beständigen Wechsel Einigkeit und Schultung leide. Selbstverständlich müßten schon jetzt die Kollegen alle Hebel in Bewegung setzen, damit auch der letzte Brauereiarbeiter dem Verbände zugeführt werde. In der Diskussion versprachen die Kollegen, in diesem Sinne tätig zu sein. Unter „Verschiedenes“ wurde gerügt, daß Herr Heinrich Mumpf jun., ein noch junger Mann, die Arbeiter faumumme Kerle, Säffel, Wummel, Sadel und ähnlich tituliere und daß er durch die Worte: „Kannst aufhören“ als neugeborener Unternehmer schließlich glaube, er könne durch eine solche Aufführung seiner Firma zu besonderer Berühmtheit verhelfen. Der junge Mann möge bei seinem Bruder Wilhelm einen Kursus durchmachen, der die Arbeiter anständiger behandle. Der Firma dürfe mit seinem fleghaften Verhalten gegenüber den Arbeitern sicher nicht gedient sein, und wenn diese Zeilen nichts fruchten, dann gibt's auch noch andere Mittel, dem jungen Manne Anstand beizubringen.

Gernrode. In unserer Versammlung am Sonntag, den 8. September, hielt Bezirksleiter Kiepl einen Vortrag über „Gewerkschaftliche Erfolge“. In der Diskussion wurde allseitig anerkannt, daß auch unsere Kollegen schon große Erfolge erzielten. Es sollen das die Kollegen beherzigen und sich als organisierte Arbeiter auch bei anderen Gelegenheiten zeigen. Die übrigen Arbeiter in Gernrode haben nicht so leicht Erfolge erzielt, aber zeigen sich doch

besser als Gewerkschaftler. Das muß auch unter unseren Kollegen anders werden. Beschlossen wurde noch, am 16. November unser 3. Gliedungsfest zu feiern. Der Vorsitzende teilte noch mit, daß auch in Quedlinburg das Jahrpersonal organisiert sei in den Niederlagen. Mitgeteilt wurde noch, daß unsere Direktion vom Bundesvorsitzenden Siebert Leipzig ein Schreiben erhalten hat und daß letzterer einen Tarif abschließen möchte. Die Direktion hat wohl die nötige Antwort gegeben. Man munderte sich über diese blöde Taktik, von einer Brauerei, in der man kein einziges Mitglied hat, einen Tarif zu verlangen. Wir haben doch in dieser Brauerei 100 Proz. organisiert und schon den zweiten Tarif. Wenn von uns so was gemacht würde? Wahrscheinlich hat man geglaubt, wir haben hier noch nichts. Da mit den übrigen Brauereien des ganzen Harzgebietes dieses Jahr Tarife abgeschlossen wurden, so wollte nun hier der Bund einen Tarif abschließen, ohne Mitglieder zu haben.

Hannover. In der am 13. September stattgefundenen und sehr zahlreich besuchten Versammlung referierte Kollege Fülle über das Thema: „Gelbe Werkvereine“. Der Redner schilderte in großen Zügen alle die Hindernisse, welche das Unternehmertum den erfolgreich vordringenden Gewerkschaften noch immer in den Weg gewälzt hat. Waren es anfangs Maßregelungen einzelner an die Spitze der Bewegung sich stellender Kollegen, so ging man später zu schwarzen Listen und Massenausperrungen über. Alles ohne Erfolg, wie selbst der erbitterteste Feind der Arbeiterbewegung, der frühere Führer des Industriellen-Verbandes Bued bei seinem Rücktritt hat eingesehen müssen. Das Wachstum der Gewerkschaften und die Erkenntnis der eigenen Ohnmacht veranlaßte die Unternehmer aber nicht zur Einstellung des Kampfes, sondern nur zur Suche nach neuen Kampfmitteln. Außer dem fortwährenden Schreien nach gesetzlichen Zwangsmitteln zur Bekämpfung der Gewerkschaften haben sie nun aus den Reihen der Arbeiterschaft selbst Bundesgenossen in Gestalt der gelben Werkvereine ziehen lassen. Das sei jedenfalls die traurigste Erscheinung der Gegenwart. Unterstützt durch das Geld der Unternehmer, mußten jene Arbeiter Stellung nehmen gegen die eigenen Klassengenossen. Sie sollen zufrieden sein, wenn die anderen fordern; sie sollen arbeiten, wenn die anderen kämpfen; sie sollen mit den Unternehmern gegen die eigenen Arbeitskollegen zusammenstehen. Ja noch mehr. Selbst als politisches Stimmvieh sollen sie den Unternehmerparteien zugerechnet werden. Auch verspricht man sich einen größeren Erfolg bei dem Geschrei nach größerem Schutz der Arbeitswilligen, wenn dieses Geschrei aus Arbeiterkreisen selbst mitkommt. Und so werden jene Werkvereine mit als Werkzeug benutzt, gegen die aufstrebende Arbeiterschaft Fesseln schmieden zu helfen. Hier könne nur Aufklärung helfen und daran sollte jeder einzelne mithelfen.

Einen weiteren Punkt der Tagesordnung bildete das Verhalten des Transportarbeiterverbandes. Vor genau Jahresfrist trat, ermuntert durch die Funktionäre dieses Verbandes, bekanntlich ein Teil der Vierfahrer der Lindener Aktienbrauerei zu jener Organisation über. Als Grund kam ein Beschluß einer Betriebsversammlung in Frage, nach welchem der Anfang der Arbeitszeit auch für das Winterhalbjahr beizubehalten sei. Die Uebergetretenen selbst aber hatten vor Beschlußfassung erklärt, sie würden sich selbstverständlich dem Beschluß fügen, er möge in ihrem oder in anderem Sinne ausfallen. Geheime Kräfte sorgten aber dafür, daß diese vernünftige Ansicht ins Gegenteil verkehrt wurde. Den Kollegen wurde gut zugeredet, doch der „allein zuständigen Berufsorganisation“ beizutreten, da würden und könnten ihre Interessen viel wirksamer vertreten werden, denn die Brauer sorgten doch nur für sich usw. Daher kam es, daß, trotzdem alle zuständigen Instanzen den Leuten das Verwerfliche ihres Tuns vor Augen führten, diese von der in Aussicht stehenden besseren Interessvertretung so überzeugt waren, daß sie über den Weg eines Disziplinbruches hinweg dennoch den Uebertritt vollzogen und dort trotz dieses Stigmas mit offenen Armen aufgenommen wurden. Um diese Kollegen nun bei guter Laune und in dem Glauben vor der Verantwortlichkeit der besseren Interessensvertretung, in welche man sie gewiegt hatte, zu erhalten, wandelte man auf der schiefen Ebene weiter, auf welcher, einmal betreten, es keinen Halt mehr gibt. Doch das Verhängnis reitet schnell! Als Beweis dieser vorzüglichen Fürsorge, welche den neuen Kollegen zuteil wurde, berichtete der Genosse Gauleiter Kregel in einer Versammlung den staunenden Zuhörern folgendes: Er sei auf der Lindener Brauerei vorstellig gewesen und von Herrn Direktor Müller sehr zuvorkommend empfangen worden. (Vielleicht wegen der Zerplitterung, welche dieser Verband in die jahrelange und vorbildliche Geschlossenheit unserer Organisation getrieben hat. Solche Verdienste finden ja bei Unternehmern immer gerechte Würdigung.) Zum Schluß habe der Herr Direktor noch zum Ausdruck gebracht, daß eine solche Verhandlung, geführt durch einen „Fachmann“, etwas ganz anderes sei! Auch wegen der Bemühung des Arbeitsnachweises habe sich der Herr Direktor zustimmend geäußert. Wem treten da vor Nahrung ob solcher Erfolge nicht die Tränen in die Augen! Ja so etwas wollen die Kollegen hören, so etwas fesselt sie an die allein zuständige „Berufsorganisation“. Doch ach, sie werden jetzt um eine, noch dazu schlimme, Erfahrung reicher. Denn all das, was ihnen der Gauleiter Kregel berichtet, war, gelinde ausgedrückt, eine „Fata morgana“. Für Kenner der Verhältnisse stand ja von vornherein fest, daß hier das „weite Gewissen“ des Berichtenden allzusehr geworden war und die rechtzeitige Hemmung verjagt hatte. Denn als unsere Vertreter Fülle und Masuhr vor kurzem mit der Direktion verhandelten, wollten es die Umstände, daß das Gespräch auch auf das Vorstelligwerden des Genossen Kregel führte. Dabei stellte sich nun heraus, daß der Herr Direktor Müller, welcher sich zunächst sehr belustigt über den „Fachmann“ zeigte, erklärte, daß er einen Herrn Kregel gar nicht kenne, derselbe auch gar nicht bei ihm gewesen sei. Um aber jeden Irrtum und vielleicht Personenverwechslung auszuschließen, frag er in unserem Beisein seinen Herrn Kollegen Stein, aber auch dieser mußte erklären, daß er den „Herrn Fachmann“ nicht kenne, dieser auch nicht bei ihm gewesen sei. Dieses Spiel wiederholte sich nun noch zweimal, indem die gleiche Frage auch an den



anwesenden Profuristen und Braumeister gerichtet wurde. Aber auch diese bestätigten, daß der sonst so geschäftige „Herr Sachmann“ weder bei ihnen gewesen ist, noch verhandelt hat. — Arme verblendete Kollegen! Man hätte auch eingesehen, daß nur die „allein zuständige Berufsorganisation“ auch alles Heil bringen könnte. Und nun steht ihr vor einer Hanswurstmade, so häßlich und verächtlich, wie noch keine in Erscheinung getreten. Das sind aber die Folgen der Zerstückelung, sie möge durch die Unternehmer oder eine freie Organisation betrieben sein. Es ist die verkehrte, die Arbeiter nur schädigende Erziehung, welche nur allzu geeignet ist, den „gelben Boden“ vorzubereiten. An diese Art der „Arbeitervertretung“ die Art zu legen, tut nicht minder not, als wie die von den Unternehmern ausgehaltenen gelben Werkzeuge.

**Herrenalb.** Aus der Klosterbrauerei. In dem Kurort Herrenalb betreibt die Firma Gebr. Mönch eine Brauerei und ein Hotel. Das Personal hat unter schlechter Entlohnung, langer Arbeitszeit und großer Behandlung sehr zu leiden. Die Verdienste sind sehr zu wünschen übrig. Die Sonntagsruhe wird nicht eingehalten und die Leute überhaupt viel Gehärgen gehalten. Der Lohn für Brauer beträgt 35 Mk. pro Monat. Einen Tag gibt es aber nicht. Je nach Bedarf muß der Arbeiter um Geld nachsuchen. Die Kost ist ungenügend, so daß sich das Personal noch Schwere hinzukaufen muß. Die Madam meint, bei den teuren Fleischpreisen kann man nicht geben. Dafür ist aber die Arbeitszeit nicht zu kurz bemessen. In der Saison wird oft bis 10 Uhr abends gearbeitet, ohne Nebenlohn zu bezahlen. Wenn sich dann die Arbeiter im Sommer abgeradert haben, stellt man sie auf die Straße oder man setzt ihnen so schlechtes Essen vor, daß sie gern selber gehen. Einen freien Tag gibt es weder beim Hotelpersonal, noch eine gefechliche Sonntagsruhe im Brauereibetrieb. Warum schreit hier die Aufsichtsbehörde nicht ein? Die Organisation wird mit allen Mitteln unterdrückt und die Arbeiter auf die anmaßendste Weise bevormundet. Wer die Arbeiterpresse liebt, hat die Entlassung zu erwarten. Nur keine Aufklärung, damit die Herren ihre Ausbeutung ungehindert fortsetzen können. Neben unerhörten Beschimpfungen werden auch Ohrfeigen ausgeteilt. Das ist wohl der Idealzustand aller Scharfmacher. Die Gebr. Mönch können sich ganz gut mit jedem ostenbischen Punkt messen. Dieser Zustand wird nur durch die Organisation gebessert. Damit muß auch die Klosterbrauerei Herrenalb rechnen, wenn auch die Herren Gebr. Mönch noch so mächtig dagegen anlämpfen.

### Rundschau.

#### Aus der Brauindustrie.

**Das deutsche Braugewerbe.** Das Handbuch deutscher Aktiengesellschaften für 1909/10 gibt die Zahl der in Deutschland bestehenden Brauerei-Aktiengesellschaften auf 552 an, die mit einem Gesamtkapital von rund 630 000 000 Mk. arbeiten. Hier von scheiden aus 21 Gesellschaften mit einem nominellen Kapital von etwa 8 000 000 Mk., das zum Teil verloren ist, da sie teils in Konkurs geraten, teils in Liquidation getreten sind. Auf Norddeutschland entfallen, wie die „Tageszeitung für Brauerei“ mitteilt, wenn der Main als Grenze genommen wird, hiervon allein 379 Brauereien mit einem Kapital von rund 410 000 000 Mk., auf Süddeutschland 173 Brauereien mit 220 000 000 Mk. Hieran partizipieren einzelne Großstädte in hervorragender Weise, z. B. in Norddeutschland:

Berlin, Charlottenburg, Potsdam mit rund	75 000 000	Mk.
Hamburg, Altona, Riemstedten	23 000 000	"
Frankfurt	18 500 000	"
Dortmund	20 000 000	"
Dresden	11 000 000	"
Stettin	4 900 000	"
Kiel	8 000 000	"
Düsseldorf	8 975 000	"
In Süddeutschland kommen auf		
München	35 000 000	Mk.
Nürnberg	13 000 000	"
Kulmbach	11 000 000	"
Stuttgart	10 000 000	"

Ferner bestehen 42 Mälzerei-Aktiengesellschaften mit einem Kapital von 29 000 000 Mk. Allerdings befinden sich auch hiervon 4 mit einem nominellen Kapital von 1 300 000 Mk. in Konkurs bzw. Liquidation. Auf Norddeutschland kommen 29 mit 20 000 000 Mk. und auf Süddeutschland 13 mit 9 000 000 Mk. Es ist, wohl verstanden, hier nur von Aktiengesellschaften die Rede, deren Grundkapital sich statisch feststellen läßt und bei denen noch die aufgenommenen Anleihen, wenn man hervorheben will, welche Rolle diese gewaltigen Kapitalanlagen in unserer gesamten Volkswirtschaft spielen, stark ins Gewicht fallen. Das in verschiedenen Privatunternehmen außerdem noch investierte Kapital läßt sich naturgemäß nicht ziffernmäßig nachweisen, macht aber sicher noch eine bedeutende Summe aus. Immerhin sprechen aber auch schon die angeführten Zahlen ein gewichtiges Wort und bedürfen keines weiteren Kommentars. Wenn man ferner bedenkt, in welcher engen Beziehungen die Brauindustrie zur Landwirtschaft steht, als deren Abnehmer und Lieferant von Abfallstoffen und Nebenprodukten, wie Treber, Malzkeime usw.; wenn weiter in Betracht gezogen wird die mehr oder weniger enge Verbindung mit vielen anderen Zweigen des deutschen Gewerbes, z. B. mit der Brauerei- und Kellereimaschinen- und Geräteindustrie, dem Küfereigewerbe, dem Export- und Kleinhandel (Flaschenbier), dem Schaumgewerbe, dem Kohlenhandel, neuerdings auch mit der Kraftwagenindustrie; wenn schließlich bedacht wird, wieviel Hunderttausende von Angestellten und Arbeitern durch ihre Existenz finden, so erkennt man die hervorragende Bedeutung des Braugewerbes für unsere gesamte Volkswirtschaft.

Die größte Brauerei der Welt dürfte die englische Firma **Arthur Guinness & Son and Co.** sein, die mit einem Aktienkapital von 7 Millionen Pfd. Sterl. (143 Millionen Mk.) arbeitet. Der Reingewinn für 1910/11 betrug, trotz erhöhter Materialpreise, 1,3 Millionen Pfd. Sterl., während er im Vorjahr über 1 420 000 Pfd. Sterl. über 28,7 Millionen Mk.) betragen hatte. Die Brauerei verteilte 16 1/2 Proz. Dividende. Der Reservefonds wird durch Zuweisung von 200 000 Pfd. Sterl. auf 1,36 Millionen

Pfd. Sterl. (27,8 Millionen Mk.) gebracht. Der Kapitalbestand wie der Reingewinn sind zehnmal so groß wie bei der größten deutschen Brauerei, der Schullheiß-Brauerei, deren Kapital 14 Millionen Mk. beträgt, halb soviel wie der Reservefonds von Guinness.

Die **Freiherrlich v. Ludersche Brauerei Akt.-Ges. in Nürnberg**, die wieder 14 Proz. Dividende ausschüttet, ist als die erste Brauerei in diesem Jahre mit ihrem Geschäftsbericht auf der Wirtsch. Wochenschrift erschienen. Da dieser Bericht typisch für die Beurteilung der Geschäftslage in der Brauindustrie sein dürfte, entziehen wir ihm folgende Ausführungen: Im verflochtenen Geschäftsjahr erfuhr unser Bierabfab eine außergewöhnliche Steigerung. Dies ist vor allem dem ausnehmend warmen Wetter des Sommers 1911 zuzuschreiben; ferner dem ruhigen Fortgange der Arbeit in Industrie und Gewerbe und der gesteigerten Nachfrage nach unseren Bieren. So vorteilhaft der schöne Sommer des Jahres 1911 dem Bierabfab auch war, so nachteilig war er der Entwicklung unserer wichtigsten Rohmaterialien und Futtermittel. Die Ernten in Gerste, Hopfen, Hafer, Heu usw. blieben im Ertragnis zurück, und die Preise erfuhren eine unerwartete Steigerung. Nicht nur hierdurch, sondern auch in verschiedenen anderen Beziehungen war der heiße Sommer dem finanziellen Ertragnis der Brauereien nachteilig, indem sich der gesamte Betrieb teurer gestaltete. Frühbar macht sich in den Ausgaben auch die neue Steuerbelastung.

Bei Lohnkämpfen und in den Rücken fallen wollen die der Vereinigung oberbayerischer Braumeister und Malzmeister angehörenden Antreiber. Sie waren kürzlich in Leobshaus zu einer Tagung versammelt, in welcher Braumeister Lange von Weihen beantragte, daß bei Streiks die Mitglieder sich gegenseitig dadurch unterstützen sollen, daß sie geeignete Vertrauenspersonen aus der Zahl ihrer Angestellten auswählweise zu den vom Streik Betroffenen entsenden. Nach lebhafter Debatte wird der Antrag an eine Kommission verwiesen, die die Grundlagen zur Regelung dieser Angelegenheit auszuarbeiten soll. In die Kommission werden gewählt die Braumeister **Lange** (Weihen), **Chrobok** (Kallert), **Gohmann** (Schoppitz), Malzmeister **Lorenz** und Direktor **Kalin** (Leobshaus).

Unser Kollegen werden geeignete Maßnahmen zu treffen haben, daß den Herren die Lust, Streikbrecherliebrenten werden zu wollen, gründlich vergeht.

#### Aus der Branntweinindustrie.

Die Destillateure kapitalisieren vor der Spirituszentrale. Der Macht der Spirituszentrale, der Brenner und Spiritusfabriken angehören, haben sich jetzt auch die Destillateure beugen müssen. Die im „Verband Deutscher Spiritus- und Spirituosen-Interessenten“ organisierten Abnehmer der Zentrale werden mit der Zentrale folgende Konvention abschließen: Die Konventionsmitglieder müssen sich verpflichten, ihre Fabrikate mit einem Mindestalkoholgehalt herzustellen. Die Zentrale gewährt dafür einen Rabatt von 4 Mk. pro 100 Liter und geht Lieferungsverträge für längere Zeit ein. (Bisher konnte die Zentrale ihre Preise täglich ändern.) Die Konvention soll Anfang Oktober in Kraft treten.

Die Konvention ist die direkte Folge der Novelle zum Branntweinsteuergesetz, die in § 16 vorschreibt, bei Trinkbranntwein mit einem Gehalt von weniger als 25 Proz. Alkohol ist der Alkoholgehalt auf Zäpfeln, Flaschen und Krügen kenntlich zu machen. Das Gesetz selbst verfährt also dazu, möglichst „starke“ Schnaps zu genießen, und die Zentrale macht sich diese Bestimmung nur zunutze, wenn sie nun auch alle Destillateure zur Vereitelung eines Schnapses mit Mindestalkoholgehalt verpflichtet. Destillateure, die sich weigern, diese Verpflichtung einzugehen, würde von der Zentrale die Lieferung gesperrt werden. Die Regierung sichert so der Zentrale erhöhten Profit und fördert den Genuß des gesundheitsschädlichen Trankes. Denn daß es ihr nur darauf ankommt, die Konsumenten vor giftigen Surrogaten (Methylalkohol u. a.) zu schützen, wie die Begründung der Novelle angab, glaubt kein Mensch der Regierung, die jetzt wiederum ruhig das Volk hungern sieht.

Strengste Befolgung des Schnapsboykotts sei die Abwehrmaßregel jedes aufgeklärten Arbeiters!

#### Aus der Mühlenindustrie.

Ursachen und Wirkung in einem Mühlenbetrieb. Als voriges Jahr die Walzmühle in Ludwigsbafen die 10stündige Arbeitszeit einführte, wurde der Direktor in der Presse wegen ihrer Humanität und ihres fortschrittlichen Sinnes großes Lob geollt. Auch die Arbeiter hatten anfangs Hoffnung, daß die verkürzte Arbeitszeit von zwei Stunden ihnen Vorteile bringen würde. Es wurde ja auch der Stundenlohn so aufgebessert, daß ungefähr jeder auf seinen früheren Lohn kam. Die Arbeiter glaubten aber, die zum Ablösen notwendigen Leute würden eingestellt werden, damit jeder einzelne auch mit Ruhe seine Späupfen einhalten kann. Die Arbeiter haben aber hier falsch gerechnet. Statt die Arbeiterzahl zu erhöhen, wurde dieselbe verringert. Auf dem Walzenboden der Weizenmühle waren früher an den 188 Paar Walzen vier Mann beschäftigt, und heute sind es deren nur drei. In der Roggenmühle, in welcher der letzte Unglücksfall passierte, sind nur 2 Mann beschäftigt. So wie auf diesen Hauptböden der Mühle, wo die größte Aufmerksamkeit den Maschinen zugewendet werden muß, ist es auf allen Böden. Überall sind schon in der regulären Arbeitszeit zu wenig Personen beschäftigt im Verhältnis zu den Maschinen, die beobachtet, gereinigt, reguliert und geölt werden müssen. Es kommen dann die Pausen, wo die einen die andern in der Weise ablösen müssen, daß ein Mann, der bisher zwei Reihen Maschinen zu beaufsichtigen hatte, deren 4 bedienen muß, oder, wie auf dem Walzenboden der Weizenmühle, alle 188 Paar Walzen. Diese Zustände sind unhaltbar. Wenn man nach außen hin glänzen will, dann muß die Ablösung so erfolgen, daß kein Menschleben in Gefahr kommt, wie bei dem letzten Unglücksfall, wo ein Familienvater fern von seiner Familie das Leben lassen mußte. Auch hier hat es sich gezeigt, was das Sparen der Leute für Folgen haben kann. In dem großen Bau, wo die Roggenmühle ist, sind nachts zwei Mann beschäftigt, der eine löst den anderen ab, deshalb war der Verunglückte ganz allein innerhalb der großen Zahl Walzenmühle, so daß heute eigentlich kein Mensch weiß, wie das Unglück vor sich ging.

Solange keine Störung vorkommt, geht die Sache wohl zur größten Not. Tritt aber, wie in diesem Fall, eine Störung ein, die den ganzen Betrieb hemmen kann, dann wird der Arbeiter aufgeregt; um das Hindernis möglichst schnell zu beseitigen, wird dann hastig gearbeitet, weil keine Zeit zum Überlegen ist. Ein Nehlgriff genügt, um von einem Treibriemen erfaßt und zu Tode geschleudert zu werden, was, wenn schnell eingegriffen würde, noch verhindert werden könnte. Hier wäre eine dankbare Aufgabe für die Fabrikinspektion, die nach unserer Ansicht die Aufgabe hat, der Walzmühle zu sagen, daß ihr Sparen an Arbeitern etwas zu weit geht.

Auch nach einer anderen Seite hat dieser Fall gezeigt, wie es in der Walzmühle gemacht wird. Es ist in den meisten Betrieben, wo auf Ordnung gesehen wird, üblich, daß man so wichtige und gefährliche Posten nicht mit neu eingestellten Leuten besetzt. Es werden hierzu Leute genommen, die schon längere Zeit im Betriebe sind und den Gang des Mahlgutes genau kennen, weil dadurch sich die Erregung bei vorkommenden Störungen verringert und der betreffende Arbeiter sofort weiß, wo es fehlt. In der Walzmühle hat man aber Müller, welche schon jahrelang im Betriebe sind, übergegangen und den verunglückten, kaum ein paar Wochen im Betriebe tätigen Arbeiter an die Walzen gestellt. Warum? Die Antwort ist für den, der die Praxis des Herrn Ritzmann in der Walzmühle kennt, leicht zu geben. Man will nicht, daß die Arbeiter in der Walzmühle einzig sind, deshalb wird immer einer bevorzugt, von dem man glaubt, er könnte auf ihrer Seite stehen, um die anderen mit der Bevorzugung gefällig zu machen. Man will ferner dadurch erzielen, daß jeder Arbeiter seine ganze Kraft einsetzt, bei seinen Vorgesetzten sich lieb Kind zu machen, um beim nächsten Vorrücken nicht übersehen zu werden. Man sucht also die menschlichen Schwächen sich nutzbar zu machen.

Gegen alle derartigen Unregelmäßigkeiten in einem solchen Betriebe Front zu machen, ist nur möglich, wenn die Leute im Betriebe einzig sind und den Mut und die nötige Energie haben, sich derjenigen Organisation anzuschließen, die bisher in der Mühlenindustrie, überall, wo diese Vorkämpfer nicht fehlten, bahnbrechend vorging. Das ist der Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter.

Die **preussische Ernte für 1912** ist quantitativ wieder vorzüglich ausgefallen, leider hat aber die wochenlang andauernde regnerische Witterung die Qualität nicht unerheblich verschlechtert, und unsere Müller werden zähes und gewachsenes Getreide in großen Mengen zur Vermahlung bekommen. Es wurden geerntet in Millionen Tonnen:

	Winterweizen	Sommerweizen	Winterroggen	Sommerroggen	Sommergerste	Safer
1911	2,32	0,28	8,37	0,06	1,71	5,21
1912	2,25	0,27	8,78	0,06	1,79	5,61

Die Roggenernte hat also einen noch höheren Ertrag als 1911 und damit seit langen Jahren den höchsten Stand erreicht. Dem deutschen Volk und der deutschen Mülerei wird freilich infolge der kolossalen Roggenausfuhr dieser reichliche Erntesegen nicht zugute kommen.

Die **Kartoffelernte** verspricht nach den neuesten Meldungen reichlicher als 1911 auszufallen, wenn sie auch den bisher höchsten Ertrag von 1909 mit 33 719 000 Tonnen nicht ganz erreicht. Sie kommt ihm aber mit 31 681 000 Tonnen ziemlich nahe. Freilich wird infolge des anhaltenden Regenwetters auch bei der Kartoffelernte mit einem Ausfall an faulen und verdorbenen Kartoffeln gerechnet werden müssen.

3000 Mark Hüttele der Mühlenbesitzer Lautenschläger in Weisenfels dem Zentralverband deutscher Bäckereimänner Germania zum Zwecke der Bekämpfung von Väderegefallen, die bei ihrer Meisterprüfung sich besonders auszeichnen. Wenn wir auch nicht verkennen, daß diese Stiftung unter dem Gesichtswinkel zu betrachten sein dürfte, daß Herr L. damit die Wurst nach der Speckseite werfen will, so möchten wir doch Arbeiter, die Herrn L. näher ständen und die ihm die 3000 Mark erbt verdienen helfen!

Ein neues Müllerblatt gründet der Bayerische Zweigverband vom Verband deutscher Müller. Die „Südwestdeutsche Müllerzeitung“, das bisherige Organ dieses Verbandes, hält es mit dem Süddeutschen Müllerbund und bekämpft in ihren Spalten den Bayerischen Zweigverband sowie seinen Führer Kommerzienrat Bauriedel, und zwar recht oft in ungerechtfertigter und unschöner Weise.

#### Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Die gewerkschaftliche Organisation in der Nahrungsmittelindustrie. Der gewerkschaftliche Gedanke weist bei den Beschäftigten in der Nahrungsmittelindustrie in den letzten Jahren erfreuliche Fortschritte auf. Nach der erst kürzlich von der Generalkommission veröffentlichten Zusammenstellung der gewerkschaftlichen Organisationen im Reich waren im Jahresdurchschnitt 1 279 71 Arbeiter und Arbeiterinnen gewerkschaftlich organisiert. Davon gehören Mitglieder zu der:

Freien Gewerkschaften	112 837	= 88,17 Proz.
Christlichen Gewerkschaften	10 517	= 8,22 "
Sirisch-Dum. Gewerksvereine	4 617	= 3,61 "
		127 971 = 100,00 Proz.

Am Jahreschluß 1911 zählten die freien Gewerkschaften 1 183 30, die christlichen 10 864 und die Sirisch-Dumderischen 4 617 Mitglieder. Die freien Gewerkschaften hatten von dem Zustrom zur Organisation den Löwenanteil; die Christlichen zählten nur den 11. Teil und die Sirische mit ihren wenigen Mitgliedern kommen überhaupt nicht ernstlich in Betracht. Von besonderem Interesse ist es aber, wenn wir die Entwicklung im letzten Jahrzehnt verfolgen. Nach der Statistik hatten 1901 die

Freien Gewerkschaften	36 679	Mitglieder
Christlichen Gewerkschaften	1 000	"
Sirisch-Dum. Gewerksvereine	1 547	"

Das Gewinnkonto verteilt sich in diesem Jahrzehnt auf die Freien mit 78 651, die Christlichen mit 9517 und die Sirische mit 3070 Mitgliedern. Bei den Christlichen ist die Mitgliederzunahme nur deshalb zu verzeichnen, weil dort die Agitation zur Mitgliederzunahme auf Verufe erztret wird, die bei den freien Gewerkschaften im Fabrikarbeiter-



verband zuständig sind. Auch gehören dem christlichen Nahrungs- und Genussmittelindustrieverband die Beschäftigten in den christlichen Konsumvereinen an. Vergleichen wir nun die Massenberichte in den drei Richtungen, dann kommt erst drastisch die finanzielle Macht der freien Gewerkschaften zum Ausdruck. Die Einnahmen, Ausgaben und Vermögensbestände ergeben nachstehendes Bild:

	Einnahmen		Ausgaben	
	absolut	pro Mitglied	absolut	pro Mitglied
Freie Gewerkschaften	3 810 065	33,78	3 772 840	33,43
Christl. Gewerkschaften	292 633	27,83	352 236	33,30
Girsch-Dund. Gewerksch.	64 603	14,—	51 403	11,13
<b>An Vermögen hatten</b>		<b>absolut</b>		<b>pro Mitglied</b>
Freie Gewerkschaften		1 822 931		16,15
Christliche Gewerkschaften		31 359		3,—
Girsch-Dundersche Gewerksvereine		84 749		18,35

Für Unterstützungszwecke wurden verausgabt:

**Streik- und Gemäßigtenunterstützung:**

	absolut	pro Mitglied
Freie Gewerkschaften	1 627 256	14,42
Christliche Gewerkschaften	246 613	23,45
Girsch-Dundersche Gewerksvereine	1 472	0,32

**Reise-, Arbeitslosen- und Krankenunterstützung:**

	absolut	pro Mitglied
Freie Gewerkschaften	877 084	7,86
Christliche Gewerkschaften	28 301	2,69
Girsch-Dundersche Gewerksvereine	22 114	4,80

**Sonstige Unterstützung:**

	absolut	pro Mitglied
Freie Gewerkschaften	118 935	1,05
Christliche Gewerkschaften	2 471	0,23
Girsch-Dundersche Gewerksvereine	3 447	0,74

Bezüglich der Einnahmen und Ausgaben für Streiks können die angeführten Summen nicht als normale gelten. Durch die Ausperrung der Tabakarbeiter in Westfalen wurde der Tabakarbeiterverband mit Zuwendungen von der Generalkommission unterstützt, daselbst tritt auch auf die christliche Organisation zu, welche vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Beihilfe erhielt. Wenn bei den freien Gewerkschaften die Zuschüsse pro Mitglied höher waren als bei den christlichen, so ist das ein Beweis für das ausgeprägtere Solidaritätsgefühl, das bei den freien Gewerkschaften anzutreffen ist.

Trotzdem die Aufklärungsarbeit bei den Beschäftigten in der Industrie mit mancherlei Schwierigkeiten zu rechnen hat, können wir mit den Fortschritten sehr zufrieden sein. Sind doch die Betriebsverhältnisse in den vielen Branchen recht verschiedenartig. Während in der Brauerei-, Mühlen- und Tabakindustrie der Großkapitalist die Kleinbetriebe verdrängt, sehen wir im Bäckerei-, Konditorei- und Fleischerhandwerk den Kleinbetrieb an Zahl überwiegend. Hier sind die Vorbedingungen für die gewerkschaftlichen Ideen nicht besonders günstig zu nennen. Auch was die Lohn- und Arbeitsbedingungen anbelangt, kann in der Industrie von einer Einheitlichkeit keine Rede sein. Neben den weitverzweigten Kollektivverträgen in der Brauereiindustrie und der tariflichen Festsetzung einer Mindestlohn- grenze stoßen wir in anderen Branchen auf die rückständigen Entlohnungsarten. So bei den Bäckern, Konditoren und Fleischern auf den Kost- und Logiszwang beim Unternehmer, bei den Tabakarbeitern auf ein raffiniertes Afford- system.

Die christlichen Gewerkschaften wie auch die Kirche müssen auf einen sehr mageren Erfolg ihrer Arbeit zurückblicken. Innerhalb eines Jahrzehnis steigerte sich bei ersteren die Mitgliederzahl nur um 9517, und die Kirche konnten nur ein Mehr von 3070 Anhängern buchen. Die Mitgliederzunahme bei den freien Gewerkschaften erreichte durchschnittlich pro Jahr die respektable Zahl von 7865 Mitgliedern. Das ist der beste Beweis, daß die Arbeiter eingesehen haben, ihre Interessen werden nur in den freien Gewerkschaften wirklich vertreten und sie lassen sich auch nicht durch das Geschrei der Christlichen und Kirche von dem „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften abbringen. Für die agnerischen Gewerkschaftsführer werden diese Tatsachen nicht erbaulich sein. Sie müssen nun einsehen, daß es ihnen bisher nicht gelungen ist, die Arbeiter um die „christlich-nationale“ Fahne zu sammeln. Es wäre aber zuviel von ihnen verlangt, daß sie nun aus diesen Tatsachen Lehren ziehen würden. Sie werden nach wie vor versuchen, unsere Aktionen zu durchkreuzen, und den Unorganisierten vorzuschwätzen, in ihren Richtungen werden die Arbeiterinteressen mit Erfolg vertreten. Unseren Verbandsfunktionären wird daher diese Zusammenstellung bei der Agitation gute Dienste leisten.

**Die Differenzen bei der Würstfabrik Heine u. Co. beigelegt.** Zwischen der Würst- und Fleischkonserverfabrik Heine u. Co., Spezialfabrik für Halberstädter Würstchen, und dem Zentralverband der Fleischer ist es nun zum Abschluß eines Tarifvertrages gekommen. Die von der Organisation geforderten Mindestlöhne sind anerkannt, desgleichen eine sofortige Lohnzulage von 1,50 Mk. pro Woche für Gesellen und Hilfsarbeiter und 75 Pf. für Jugendliche und Arbeiterinnen. Die Arbeitszeit soll bis zur Ueberfiedelung in die neue Fabrik die gleiche bleiben, im neuen Betriebe darf sie nicht über 10 Stunden täglich betragen. Erreicht wurde ferner noch für alle Beschäftigten, die zwei Jahre im Betriebe tätig sind, eine Woche Ferien unter Fortzahlung des Lohnes, sowie die Anerkennung des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Auch soll der Arbeitsnachweis des Verbandes bei Bedarf von Arbeitskräften benutzt werden. Der Tarif gilt auf zwei Jahre. Der Erfolg für die Arbeiter ist um so höher zu bewerten, weil die Firma Heine u. Co. die größte und leistungsfähigste Würstfabrik in Deutschland ist und als Spezialfabrik für Halberstädter Würstchen einen Weltruf besitzt. Bisher beschäftigt die Firma 450 Personen, ohne kaufmännisches Personal. Da die Firma aber gegenwärtig eine neue Fabrik einrichtet, so dürften nach der Inbetriebnahme derselben noch einige

hundert Personen mehr beschäftigt werden. — Der Zentralverband der Fleischer kann mit dem Erfolg vollauf zufrieden sein.

**Aus der Genossenschaftsbewegung.**

ssc. Die „Produktion“ im Jahre 1911. Der erste Jahresbericht der Hamburger Konsumgenossenschaft „Produktion“, der wenigstens eine Spanne des neuen organisatorischen Zustandes umfaßt, liegt jetzt vor. Bekanntlich hatten die Hamburger Mittelstandsretter es durchgesetzt, daß der Senat unter Sanktion der Bürgerchaft am 30. Juni 1911 ein Gesetz erlassen hat, durch das Konsumvereine ohne Rücksicht auf ihren tatsächlichen Reingewinn gezwungen werden, 8 Proz. ihres Umsatzes als fiktiven Reingewinn zu versteuern. Dieses Gesetz war noch etwas radikaler als der derzeitige preussische Steuererleichterungsgesetz, denn es wurden dadurch die Konsumvereine nicht nur verhindert, sich durch die Einrichtung des „festen Rabattes“ von der juristisch nicht zu rechtfertigenden Besteuerung ihres Ueberschusses zu befreien, sondern es wurde ihnen auch der Weg abgeschnitten, keine Einkommensteuer zu bezahlen, indem sie durch möglichst niedrige Normierung der Verkaufspreise überhaupt auf die Erzielung eines Einkommens verzichteten. So glaubten die weisen Hamburger Stadtväter die Konsumvereine ganz unentrinnbar in den Maschen ihres Gesetzes gefangen zu haben. Über ihr feiner Plan sollte an seiner eigenen Ungerechtigkeit zu Grunde werden. Während man nämlich so die Selbsthilfebestrebungen armer Proletarier, noch dazu in einer Zeit allgemeiner Mißernte und Teuerung, zu erschweren suchte, dachte man natürlich nicht daran, kapitalistische Betriebe etwa mit der gleichen Elle zu messen. Sie ließ man von dieser sonderbaren Art der Besteuerung frei, und so konnte man es denn auch nicht verhindern, daß der Geschäftsbetrieb der „Produktion“ sich einfach in die kapitalistische Form flüchtete und so der ganzen fein eingefädelten Staatsaktion ein Schnippen ge- schlagen wurde.

Am 1. Oktober v. J. ging der Handelsbetrieb der Genossenschaft „Produktion“ an die „Handelsgesellschaft Produktion m. B. G.“ über, wobei natürlich dafür gesorgt wurde, daß den Mitgliedern der weiter- bestehenden Genossenschaft alle bisherigen Rechte unverkürzt erhalten bleiben. Wie der jeben erschienene Bericht über das 13. Geschäftsjahr mitteilt, ist auch in diesem die Vorwärtsentwicklung der Genossenschaft in ungehemmtem Tempo vor sich gegangen. Die Mitgliederzahl erhöhte sich von 49 312 am Ende des Vorjahres auf 57 930. Gleichzeitig ist der Umsatz von 13 107 169 Mk. im Jahre 1910 auf 16 511 791 Mk. im Jahre 1911 gestiegen, von welchem Umsatze 11 742 492 Mk. auf die Genossenschaft und 4 769 299 Mk. auf die Handelsgesellschaft entfallen. Und während im Vorjahr Rabatte und Reingewinn zusammen den Betrag von 655 847 Mk. ausmachten, erreichten die im letzten Jahre von dem Unternehmen erzielten Ueberschüsse unter Einrechnung der festen Rabatte die Höhe von 887 517 Mk. Dabei gewährte die Handelsgesellschaft „Produktion“ den Mitgliedern der Genossenschaft einen Rabatt von 5 Proz., da die Genossenschaft einen Rabatt von 4 Proz. und eine nachherige Dividende von 1 Proz. gewährte, so konnten den Mitgliedern für alle entnommenen Waren 5 Proz. gutgebracht werden.

Zur Verwirklichung ihres Neuenjahres hatte die „Produktion“ im Jahresanfang 98 Verkaufsstellen, darunter 12 Schlächtereien, 8 Brot- und 2 Grünwarenläden. Am Jahreschluß zählte sie 125 Läden, darunter 22 Verkaufsstellen für Schlächtereien, 22 für Bäckerei- und 2 für Grünwaren. Insgesamt beschäftigte der Verein am 31. Dezember 1911 ein Personal von 1100 Köpfen, deren Arbeitsbedingungen durchweg tariflich geregelt sind. Für soziale Fürsorge (Versicherungen usw.) wurden für diese Angestellten im Berichtsjahre 85 420 Mk. = 5,6 Proz. der Lohnsumme aufgewandt.

Der Baubereich ist konstatiert, daß im letzten Jahre für 957 000 Mk. neue Bauwerke hergestellt wurden. Dadurch erhöht sich das Grundstückkonto der Genossenschaft (resp. Gesellschaft) auf 6½ Millionen Mark, die Zahl der von ihr errichteten Wohnungen auf 736. Die Eigenproduktionsbetriebe haben gleichfalls eine vorzügliche Entwicklung genommen. Die Bäckerei erzielte einen Umsatz von 1 740 559 Mk. = 13 Proz. mehr als im Vorjahre. Da sie den wachsenden Anforderungen nicht mehr gewachsen ist, so wurde im Laufe des Jahres eine zweite Miesenanlage in Betrieb genommen, die mit 15 Doppelauszugöfen ausgestattet wurde. Noch weit mächtiger ist die Schlächterei, die ihren Umsatz um rund 30 Proz. auf 5 023 500 Mark steigerte. Auch hier sind die Vorbereitungen zu einem Erweiterungsbau bereits im Gange. Die Nebenbetriebe: Tischlerei, Klempnerei, Montagebetrieb, Wäscherei, haben gleichfalls an Umfang zugenommen. Dem Fuhrpark gehörten am Jahreschluß 36 Brot- und Lastwagen, 10 Automobile mit 3 Anhängern und 10 Pferde an.

Die Entwicklung der „Produktion“ hat die feinerzeit als „Utopisterei“ beschriebenen, auf sie gesetzten höchsten Hoffnungen weit überflügelt. Wohin mag ihr Siegeslauf noch führen?

**Christliches und Gelbes.**

Die lauren Bier bietet der Vorsitzende vom Brauereiverein Bremen, Herr F. Blau, seine Organisation bei den Kollegen aus. Er möchte halt gar zu gern den Nachweis erbringen, daß für den zweiten Beamtenposten kein Würdigerer als er selbst gefunden werden kann. So schreibt Herr Blau einem Kollegen, daß der Bund die denkbar besten Unterstützungsklassen habe, sei es in Arbeitslosigkeit, Alters-, Invaliden- und Sterbefälle, Streik oder Ausperrung. Der Schärer! Wie man mit Speck Räuse fängt, beweist er durch folgendes Zirkular:

**Brauereiverein Bremen und Umgebung. Bremen, den . . . .**

Werte Kollege! Beiliegend übersende ich Dir eine Broschüre des Bundes deutscher, österreichischer und schweizer Brauereigesellen zur gefälligen Beachtung. Die Broschüre gibt Dir eine genaue Uebersicht über den Zweck und Ziele unseres Bundes. Insbesondere mache ich Dich noch auf die Unterstützungsklassen unseres Bundes aufmerksam. Nach Durchsicht der Broschüre wirst wohl auch Du zu der Uebergzeugung kommen und Dich dem Bunde anschließen. Der hiesige Verein besitzt außerdem noch

eine Geschäftsstelle mit Stellenvermittlung, durch die unseren Kollegen sofort wieder Arbeit nachgewiesen wird, wenn sie ihre Pflicht erfüllen, und brauchen unsere Kollegen nicht arbeitslos in der Welt herumzulaufen, wie wir es alle Tage von Unorganisierten erleben können. Ein unorganisierter Kollege, gleichviel in welcher Stellung er sich befindet, ist heute machtlos. Ohne Organisation geht es heute nicht mehr; alles strebt dahin, durch Zusammenschluß bessere wirtschaftliche Verhältnisse zu erzielen. Es ist deshalb Pflicht eines jeden Kollegen, sich zu organisieren und mitzuarbeiten an dem gemeinsamen Interesse und nicht als Dunkelmann zu ernten versucht, wo er nicht gesät hat. Jedenfalls wirst auch Du, werter Kollege, nicht der Mann sein, der sich mitschleppen läßt, sondern der gerne bereit ist, das kleine Opfer zu bringen zur Erreichung besserer wirtschaftlicher Verhältnisse. Alles Nähere erzieht Du aus der Broschüre. In der Hoffnung, daß Du nach Durchsicht der Broschüre ebenfalls Mitglied wirst und wir Dich bald in unseren Reihen begrüßen dürfen, zeichnet

mit kollegialem Gruß  
Brauereiverein Bremen und Umgebung.  
F. Blau, 1. Vorsitzender,  
Westerstraße 128.

Wohlgerne, es ist Herr Blau vom Bund, der in dieser Weise im trüben zu fischen versucht, indem er mit der Notwendigkeit der Organisation glaubt Dumme für den Bund einfangen zu können. Herr Blau schreibt das, der früher immer auf die Organisation schaute, Herr Blau, der frühere Streikbrecher, der selbst den „Dunkelmann“ spielte, der versucht, die Wahrheit des Sprichwortes: „Die Dummen werden nicht alle!“ auf diese Weise zu ergründen. Ob er wohl Dumme auf seinen Bundeskeim locken wird?

Amberg. Bei einer Versammlung der Brauereiarbeiter in Amberg lobte Herr Wettenmann den christlichen Staats- und Hilfsarbeiterverband über den grünen Klee und auf den Einfluss eines Freiorganisierten, daß ja dieser Verband stetig zurückgehe, jahre Herr Wettenmann, dieser Verband habe die Zahl von 20 000 Mitgliedern schon über- stiegen. Nun stellt es sich heraus, daß das eine christliche Fälschung war, denn der christliche Verband, der am 31. Dezember 1911 16 267 Mitglieder zählte, ist um 790 Mitglieder auf 15 477 am 30. Juni 1912 zurückgegangen. Es war also nichts mit den 20 000!

Ingolstadt. Als feinerzeit der Vorsitzende unserer Zahlstelle abgereist war, schrieben die Christlichen Konradtscher Richtung überall herum: der Freien sei der Vorsitzende mit der Kasse abgehoben, woran natürlich kein wahres Wort war. Jetzt trifft die Konradtschen das Pech, daß sie alle Ursache haben, einmal recht gründlich nachzuprüfen, ob denn bei ihnen alles stimmt. In einer Versammlung unterschieden sie sich kürzlich darüber, daß jundobiel Marken verkauft seien, aber Geld sei nicht da, und man zerbrach sich den Kopf, was da zu machen sei. Es ist freilich fatal, daß man nun in die Grube gefallen ist, die man für die Freien so schon gegraben hatte!

**Aus der Unternehmerorganisation.**

Sächsischer Scharfmacher. Der Ausschuß des Verbandes sächsischer Industrieller hat einstimmig eine Resolution zur Frage des Schutzes der Arbeitswilligen angenommen. Die Selbsthilfe der Unternehmer habe bei Streiks stets versagt, weil die Betroffenen nur schwer oder auch gar nicht zu veranlassen gewesen seien, den Unternehmern Schutz angedeihen zu lassen. (Ein plumper Schwindel!) Die verantwortlichen Verwaltungsorgane werden in der Resolution aufgefordert, durch entschiedene Anwendung der bestehenden Gesetze die Achtung vor der öffentlichen Ordnung und das Vertrauen zu der Machtmitteln des Staates wiederherzustellen. Bei Streikereisen müsse eine schnelle Aburteilung erfolgen, wenn die Ermittlung der Täter bewirkt werden und eine erzieherische Wirkung eintreten solle. Namentlich gegenüber Ausschreitungen der Streikposten sei tatkräftige Anwendung der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen dringend zu fordern. Außerdem sei eine weitere Fassung des Nötigungsparagraphen sowie die Schaffung der Möglichkeit, bei Vergehen gegen die öffentliche Ordnung ein beschleunigtes Strafverfahren anzuwenden zu können, dringend erforderlich. — Warum sind die Herren nicht so ehrlich und erklären geradeheraus: wir wollen den Arbeitern überhaupt das Streiken unmöglich machen.

**Arbeiterversicherung.**

Besondere Unfälle. Das Reichsversicherungsamt hatte zum wiederholten Male Gelegenheit über Unfälle zu entscheiden, die sich bei Beschäftigung unserer neuesten Kulturerrungenschaften, der Luftschiffe, im Betrieb ereignet haben. — Eine Anzahl Fabrikarbeiter hatten die Arbeit unterbrochen, um von einem zur Fabrikanlage gehörigen Luftschiff das vorüberfliegende Großschiff Luftschiff zu beobachten. Bei dieser Gelegenheit erlitt ein Arbeiter einen aus seinem Köpfe entwichenen Kanarienvogel, um diesen deutlicher ins Auge fassen zu können, trat er einige Schritte zurück und stürzte vom Stieg ab. Der für die hierbei erlittenen Verletzungen geltend gemachte Anspruch auf Unfallentschädigung wurde abgewiesen und schließlich die Abweisung vom Reichsversicherungsamt bestätigt (S. 3. 11). In einer früheren Entscheidung (18. 11. 10) erkannte das höchste Gericht die Verletzung einer Arbeiterin als Betriebsunfall an, die sie sich zuzog, als sie die Arbeit mit anderen Mitarbeitern aussetzte, um das zum erstenmal über Mainz fliegende Zeppelinische Luftschiff zu sehen. Dieser Standpunkt wird damit begründet, daß das eine menschlich durch- aus verständliche, den Interessen des Betriebs auch kaum zuwiderlaufende Handlung gewesen sei, die dem Willen des Unternehmers nicht widersprach und den Verletzten auch keiner betriebsfremden Gefahr aussetzte. Anders liegen die Verhältnisse im erstgenannten Falle. Es heißt da wörtlich in der Begründung: Auch wenn man die Beschäftigung des Großschiffes Luftschiffes trotz der ziemlich langen Unterbrechung der Arbeit in Uebereinstimmung mit der angeführten Rekursentscheidung vom 18. 11. 10 in Rücksicht auf das Außergewöhnliche des Ereignisses noch dem Betrieb zurechnen will, so ist hier doch wesentlich und entscheidend, daß der Kläger nicht hierbei verunglückte, sondern bei dem auch äußerlich durch das besondere weitere Zurück-



treten auf dem Laufsteg geforderte Schauen nach einem Manarientopel. — Es wird demnach wohl die Beobachtung des Luftschiffes mit Rücksicht auf das außergewöhnliche Ereignis noch dem Betrieb zugerechnet, die Beobachtung eines Manarientopels als eine vom Betrieb losgelöste Handlung erachtet, für die eine Entschädigungspflicht nicht anzuerkennen ist.

**Verchiedenes.**

**Kotizkalender für 1913.**

Witte September erscheint in der gediegenen Ausstattung wie im Vorjahr der Kotizkalender unseres Verbandes für 1913. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Größenverhältnisse der Planceten; Kalendarium; Tagebuch; Erinnerungstafel; Adressenmerktafel; Jahresstatistik über Einnahmen und Ausgaben; Aus der Geschichte des Koalitionsrechts; Verjährung von Forderungen; Unser Verband 1911; Die Erfolge des Verbandes seit 1898; Der Stand des Arelands in unserer Organisation am 1. Januar 1912; Die Arbeitszeit unter 10 Stunden nach den Tarifverträgen am 1. Januar 1912; Mitgliederbestand, Einnahmen usw. unseres Verbandes; Mitgliederbestand, Einnahmen usw. des Mühlenarbeiterverbandes; Jahresdurchschnittslöhne in der Brenner- und Mälzereibergewerkschaft; Jahresdurchschnittslöhne in der Brennerbergewerkschaft; Jahresdurchschnittslöhne in der Mälzereibergewerkschaft; Dividenden der deutschen Mälzerei-Genossenschaften; Bierproduktion, Einfuhr, Ausfuhr und Verbrauch; Unfallstatistik; Unfallstatistik der Brau- und Mälzindustrie; Unfallstatistik der Brenner- und Mälzindustrie; Unfallstatistik der Mälzindustrie; Preise wichtiger Lebensmittel; Verbandsadressen; Adressen; Die freien Gewerkschaften 1911; Die christlichen Gewerkschaften 1911; Die kirchlich-Dunkerschen Gewerkschaften 1911; Die drei Gewerkschaftsgruppen im Jahre 1911; Vergleiche unseres Verbandes mit den Konkurrenzorganisationen; Der Bund deutscher Brauergesellen; Stärke der Parteien im Reichstag; Die Stimmengahlen der Parteien bei den Hauptwahlen; Die Sozialdemokratie in den einzelnen Staaten; Städte Deutschlands mit über 100 000 Einwohnern; Zimmervährenden Kalender; Portotarif; Notizen.

Der Kalender wird in seiner vorzüglichen Ausstattung und bei dem billigen Preise von 55 Pf. zu den alten Freunden sich sicher eine große Anzahl neuer Freunde erwerben.

Wir erziehen um schnelle Bestellung von Seiten der Kollegen bei ihren Zahlstellen, denen die Exemplare auf Bestellung von der Hauptverwaltung Mitte September zugehen.

Die größeren Zahlstellen, welche 200 oder mehr Kalender absetzen können, werden um sofortige Ausgabe der Bestellung ersucht, weil nach dieser Orten der Versand per Frachtgut gleich von der Buchbinderei aus erfolgen soll.

**Internationales Sekretariat.**

Singhlich der Unterstützungszahlung an Mitglieder des Verbandes der Lebens- und Genussmittelarbeiter der Schweiz ist mit letzterem die Vereinbarung getroffen worden, daß unterstützungsberechtigte Schweizer Mitglieder, welche einen Wochenbeitrag von mindestens 60 Centimes leisten, im Bereich des deutschen und des österreichischen Verbandes nach den Sätzen der höheren Unterstützungsstufe, bei einem Beitrag von unter 60 Centimes nach den Sätzen der niedrigeren Unterstützungsstufe zu unterstützen sind.

Die Unterstützungszahler des deutschen und des österreichischen Verbandes wollen sich strikte an diese Vereinbarung halten. M. E. P. Intern. Sekretär.

**Verbandsnachrichten.**

Verbandsbureau, Redaktion und Expedition der „Verbandszeitung“: Berlin O. 27, Schlüterstraße 61 V, Fernsprecher: Amt Königsstadt 275.

Diese Woche ist der 38. Wochenbeitrag fällig.

**Mitteilungen der Hauptverwaltung.**

Die vom Verbandstag beschlossenen Statutenänderungen werden den Zahlstellen in Form eines Nachtrags zum Statut zum Einlegen in die bisherigen Mitgliedsbücher geliefert. Durch Beschluß des Hauptvorstandes wurde von der Einziehung der alten bezw. Herausgabe neuer Statutenbücher abgesehen. Der alte Bestand soll erst aufgebraucht werden.

**Achtung, militärpflichtige Kollegen!**

Die im Herbst zum Militär eintretenden Kollegen wollen folgende Bestimmungen beachten, damit sie nach ihrer Entlassung vom Militär wieder in ihre alten Rechte eintreten können:

Die Beiträge müssen bis zum Tage des Antritts des Militärdienstes bezahlt sein.

Das Mitgliedsbuch ist an die Lokalverwaltung abzugeben, die es an den Verbandsvorstand einreichen muß.

Während des Militärdienstes scheidet das Mitglied aus dem Verbands aus.

Wer innerhalb vier Wochen nach seiner Entlassung vom Militär bei der nächsten Zahlstelle oder beim Hauptvorstand sich anmeldet, tritt in seine vor der Militärzeit erworbenen Rechte wieder ein, ihm wird dann jeder bezahlte Beitrag angerechnet.

**Ausgeschliffen wurden:**

in Leipzig der Brauer Eduard Amborn, Buchnummer 23003, eing. 15. Juni 1898; auf Antrag der Zahlstelle Berlin der Brauer Alfred Lehmann, Buchnummer 693.

**Verloren und für ungültig erklärte Mitgliedsbücher:**

Michael Sagger, Bierfahrer, Buchnummer 26556, geb. 2. August 1884 zu Unterauerbach, eingetr. 15. Februar 1912, in Augsburg.

W. Krause, Bierfahrer, Buchnummer 60942, geb. 21. September 1872, zu Hamburg, eingetr. 24. März 1912, in Hamburg.

Vorliegende Kollegen haben Duplikate erhalten; nur diese haben Gültigkeit.

**Verstorbene Mitglieder:**

(Die Summe des an die Hinterbliebenen laut Statut ausbezahlt Sterbegeldes ist in Klammern beigefügt.)  
Zwickau: Kurt Singer, Brauer, 28 Jahre (90 Mk.);  
München: Gg. Reithmeier, Maurer, 38 Jahre (75 Mk.).  
Ausbezahlt Sterbegeld an die Mitglieder beim Tode der Ehefrau: Siebinger-Berlin 30 Mk., Zimmermann-Bamberg 15 Mk., Reich-Nürnberg 30 Mk., Dobler-Augsburg 20 Mk.

**Eingänge der Hauptkasse**

vom 9. bis 15. September.

Frankfurt a. M. 2,10, Lüneburg 100,—, Birnmasens 60,—, Glauchau 70,—, Dranienburg 170,29, Kempton 15,—, Dessau 2,10, Breitenbrunn 10,—, Eldenburg 104,—, Halberstadt 104,—, Nordhausen 310,—, Zwickau 252,10, Bremerhaven 200,—, Plauen i. V. 220,—, Rattowitz 21,—, Stettin 140,—, Celle 4,—, Landsberg a. W. 2,—, Eberfeld 5,—, Saarbrücken 4,20, Berlin 2,—, Weimar 2,10, Weimar 3,—, Braunschweig 500,—, Eisenach 300,—, Görlich 200,—, Hannover 20,40, Kassel 6,50, Kurlbach 400,—, Sonneberg 100,—, Schwerin 300,—, Brandenburg 100,—, Erlangen 227,10, Neumünster 112,25, Wilsnack 33,—, Landsbut 2,10, Frankfurt a. M. (Mechtschuk zurück) 9,80 Mk.

**Mitgliedsstellung.** In letzter Nummer muß es zu Dresden statt 50,— Mk. 0,50 Mk. heißen.

**Materialverwand.**

Wilhelmshaven 10 Mitgliedsbücher, 1200 Marken a 50 Pf. und 600 Marken a 30 Pf. Schwabach 3200 Marken a 30 Pf. Dortmund 600 Marken a 30 Pf. Landeshut 400 Marken a 50 Pf. Oldenburg 10 Mitgliedsbücher und 1600 Marken a 50 Pf. Bernburg 15 Mitgliedsbücher und 1200 Marken a 50 Pf. Frankenburg 5 Mitgliedsbücher und 400 Marken a 50 Pf. Meß 100 Mitgliedsbücher. Bremen 100 Mitgliedsbücher, 20 000 Marken a 50 Pf. und 5000 Marken a 30 Pf. Glauchau 1200 Marken a 50 Pf. Eberswalde 400 Marken a 50 Pf. Gohrau 200 Marken a 50 Pf. Dagersheim 1600 Marken a 50 Pf. Delswig 1200 Marken a 50 Pf. und 1000 Marken a 30 Pf. Weitz 1600 Marken a 50 Pf. und 1000 Marken a 30 Pf. Plauen i. V. 2000 Marken a 50 Pf. Wilsnack 20 Mitgliedsbücher. Hamburg 200 Mitgliedsbücher. Saugau 600 Marken a 50 Pf. Landsbut 100 Mitgliedsbücher, 3000 Marken a 50 Pf. und 1400 Marken a 30 Pf. Posen 50 Mitgliedsbücher.

**Aus den Bezirken und Zahlstellen.**

Breslau. Vorj. R. Fischer, ab 1. Oktober Dfnerstraße 34 II.  
Essen a. Ruhr. Am Sonntag, den 22. September, vormittags von 10—12 Uhr findet im Gefellenheim, Kelling-

**Nachruf.**

Am 7. September verchied unser Kollege **Heinrich Ruch** infolge eines Infarktes beim Betreten der elektrischen Straßenbahn auf dem Wege zur Arbeit im Alter von 48 Jahren. Ehre seinem Andenken.

**Zahlstelle Saarbrücken.**

Unserem Kollegen **Peter Nitoh** nebst Frau **Mariechen** zur Vermählung nachträglich die besten Glückwünsche. Die organisierten Kollegen von Saarbrücken u. Umgeb.

Unserem Kollegen und Unterstüßer **Johann Roth** nebst Frau **Frieda** zur stattgefundenen Hochzeitfeier die besten Glückwünsche.

**Zahlstelle Koblenz.**

Unserem Kollegen **Karl Kreuzer** nebst Frau, geb. **Dipold**, nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur stattgefundenen Hochzeitfeier. Die Verbandskollegen des Bürgerbräu. Hof.

Unserem Verbandskollegen **Otto Fischer** nebst **Alma Ebert** die herzlichsten Glückwünsche zur Hochzeitfeier. Die Kollegen u. Kolleginnen der Zahlstelle Radeberg.

**Berlin.**

Empfehle den Kollegen mein Lokal zur gefälligen Bemerkung. Großer Frühstücks- und Mittagstisch. Vereinszimmer noch einige Tage frei.

**August Wildhagen,** Friedenstr. 90.

**Hannover.**

Halte allen Kollegen mein Restaurant, der Reuzzeit entsprechend eingerichtet, bestens empfohlen.

**Hans Graf, Schützstr. 6.**

**Südt. Kellermeister**

3. Leitung d. Mt. Flaschenbier einer Biergroßhandlung mit ca. 10—15 000 Mk. Beteiligung gesucht. Offert. m. Gehaltsanfragen bef. d. Exp. d. Btg.

**Vergnügungsanzeigen.**

**Onisburg,** Samstag, den 20. September, 20jähriges Stiftungsfest im „Parkhaus“ (Grünwaldt), Süßelbörferstr., verbunden mit **Kretzen-Abchiedsfeier.** Humoristische Gesangsvorträge und geschlossener Ball. Die Kollegen der umliegenden Zahlstellen sind freundlichst eingeladen.

hauser Straße, Bücherkontrolle statt. Die Vertrauensmänner mögen die Mitgliedsbücher mitbringen.  
Hamm i. Westf. Vorj. **Wilhelm Rothmann,** Kassauer Straße 28/30.  
Neustadt a. S. Kassierer und Unterstüßungszahler **Georg Müller,** Schillerstraße 9.  
Nürnberg. Das alte Verbandsbuch nebst Unterstüßungsschein und Invalidentarte des Kollegen **Christian Sadert** wurde gefunden und liegt hier auf dem Bureau. **Mudolstadt.** Unterstüßungszahlung beim Kassierer **Müller** von abends 7—8 Uhr. Vorkasse und Schlafmorde im Arbeitersekretariat im „Gambinus“.  
Würzburg. Herberge und Arbeitsnachweis für Mühlenarbeiter befindet sich beim Kollegen **Göß** (früher Bullinger), Wohlfahrtsgasse.

**Veranstaltungen.**

**Mittwoch, den 18. September.**  
Frankfurt a. O. 8 Uhr: „Gewerkschaftshaus“.  
**Sonntag, den 21. September.**  
Aussch. 8 Uhr: „Drei Könige“.  
Burg. 8 Uhr: Unterhagen 68.  
Eisenach. 8 1/2 Uhr: im „Engel“.  
Fürstenwalde. 8 1/2 Uhr: bei Niede, Windmühlenstraße.  
Fürth. 8 1/2 Uhr: „Gewerkschaftshaus Eborasäle“.  
Meißen. 8 1/2 Uhr: „Zum Kronprinzen“.  
Sundern. 6 1/2 Uhr: bei Meßter.  
Ulm. 8 Uhr: bei Durck, „Zur Eisenbahn“.

**Sonntag, den 22. September.**

Baden-Baden. Vorm. 10 Uhr: „Bratwurstdöckle“.  
Freiburg, Niesel, Emmendingen. 2 1/2 Uhr: „Drei Könige“ in Emmendingen.  
Halberstadt. 3 Uhr: „Gewerkschaftshaus“.  
Hirschberg. 4 Uhr: „Alte Hoffnung“. Vertrauensleute, Mitgliedsbücher einziehen und mitbringen.  
Jümenau. 2 Uhr: „Deutsches Haus“.  
Markttheben. 3 Uhr: bei Benker.  
Oberkirch. 3 Uhr: „Zum Schlüssel“.  
Oberndorf. Vorm. 10 Uhr: „Zum Schützen“.  
Niesla. 3 Uhr: „Weißes Schloß“.  
Rottweil. 2 Uhr: „Zum Warden“.  
St. Ludwig. 2 1/2 Uhr: „Vereinslokal“.  
Wittenberg. 4 Uhr: „Restaurant Einigkeit“, Töpferstr. 1.

**Redaktionschluss Montags früh 8 Uhr.**

Spätere Eingänge können für die Nummer der betreffenden Woche nicht mehr berücksichtigt werden. Größere Berichte müssen selbstverständlich zeitiger eingekandt werden.

**Nebenverdienst** suchende Männer und Frauen mögen sich melden zum Vertrieb unserer Ware direkt an Private. Hoher, maßloser Verdienst, event. festes Gehalt.  
**Herforder Süßrahmmargarine und Pflanzenbutter-Industrie Hans Siveke, Herford.**

**Neu! Garantie Modell 1912-13 Neu!**  
Für Brauer das Beste! Auch in Bon 2 Paar an 1/2 franko Gummizug- und Schafstiefeln usw. oder 4 Mk. 2 Paar an franko Verlangt Katalog! — Kollegen als Wiederverkäufer gesucht.  
— Viele Anerkennungs schreiben. —  
**Josef Urban & Co., Kösting, Niederbayern.**

Das ist mein **Die besten wasserdichten Holzschuhe mit Rollschnallen**  
von 3,75 und 4,50 Mk. per Paar an erhalten Sie bei  
**Franz Otte, Dortmund, Märkische Str. 38.**  
Seit ca. 40 Jahren Lieferant für Brauer im In- und Auslande.

**Michel'sche Braulehranstalt**  
Brauerei mit Kühlmaschine. Programm kostenlos. Winterkurs Beginn 4. November. — Privatinstiut. Praktikantenkurse jeder Zeit.  
**München X.**

**Der vollendetste Brauerschuh der Gegenwart.**  
D. R. G. M. Nr. 511 797.  
Modell 1912 Fax, wie Abb. per Paar 3,80 Mark  
Mit Leder bes. Eisen u. Nägel „ „ 4,80 „  
**Georg Herr, Holzschuhfabrik Frankfurt a. M.**  
Gelnhäusergasse 5  
Von 2 Paar an 1/2 franko. Neue Preisliste gratis. Fernschreiber Paar 75 Pf.

**Juserate** werden nur nach vorheriger Bezahlung angenommen. Für Mitglieder kostet ein einzelner Gläubiger 2,10 Mk., über 7 Seiten pro Seite 30 Pf. mehr.

**Brauer Deutschlands!**  
Prima Lederhose mit Lederjacken 8,50. Weste 4,50. Jackett mit warmen Futter 16 Mk. Lederhose III (Drablgewebe) mit Lederjacken 6,50. Weste 3,50. Jackett 12 Mk. Lederhose (Sorte II) 5,50. Weste 3. Jackett 11 Mk. Manchester (Sorte I). Hose mit Lederjacken 8,50. Weste 4,50. Jackett 16 Mk. Manchester (Sorte II). Hose mit Lederjacken 7. Weste 3,50. Jackett 14 Mk. Versendel nach allen Orten Deutschlands und des Auslandes. Schnittlänge und Brustweite genügt für guten Sitz. Bei Bestellungen von 10 Mk. an frei ins Haus. Katalog frei.  
**Emil Hohlfeldt,** Spezialfabrik für Berufskleidung, Dresden N., Ritterstr. 2 u. 4.

**Stoffe direkt an Private**  
zu Anzügen, Paletots, Hosen. Etwa das Neueste in prachtvoller Auswahl; durch enorme Preisunterchiede große Ersparnisse! — Waschen Sie einen Versuch, ich sende Ihnen sofort kostenlos und ohne Kaufzwang.  
**Tuchausstellung Emil Hohlfeldt Dresden 6.**  
Mitglieder des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter erhalten 10% Rabatt.

**Biergroßhandlung**  
m. erfill. Vertretungen in süddeutscher Landeshauptstadt Jammillerverhältnisse halber zu ver. Aug. 60000 Mk. Off. unt. J. G. M. 186 a. d. Exp. d. Btg.

**Brauer-Holzschuhe**  
Nur allerbeste, seit Jahren bewährte Qualität. Verlangen Sie meine neueste Preisliste.  
**Joh. Harders,** Altona a. O., Adolffstr. 28. Polstschuhlager u. Pantoffelfabrik.